



# Antiimperialistisches Informationsbulletin

Informationen über antiimperialistische  
Bewegungen Asiens, Afrikas und Lateinamerikas

Nr. 8

August 1972

## INDOCHINA

### AIB-Aktuell

S. 2

Haustein/Boris:

### Ursachen, Auswirkungen u. Charakter des Krieges

S. 3 – 8

Fried:

### Krieg durch Umweltvernichtung

S. 8 – 12

Pfeiffer:

### Kraterisierung und ihre Wirkung auf Land und Landwirtschaft

S. 12 – 16

v. Freyberg:

### FNL: Politik der nationalen Einheit

S. 16 – 20

### Gemeinsame Erklärung der Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker

S. 20 – 22

### 7-Punkte-Friedensplan für Vietnam

S. 22 – 24

Breuer:

### Vietnam-Berichterstattung in der BRD

S. 24 – 26

Dietzel:

### „Kriegsgefangene“ in der DRV

S. 26 – 28

### Appell

S. 29

Werkmeister:

### BRD und der US-Krieg in Indochina

S. 30 – 35

Herausgeber: Antiimperialistisches Arbeitskomitee (AAK) - Wilhelm Breuer, Jutta von Freyberg, Bernd Hartmann, Herbert Lederer, Rolf J. Priemer, Barbara Schilling (presserechtl. verantwortlich), Gabriele Sprigath, Kurt Steinhaus, Christoph Strawe, Christel Streubel, Frank Werkmeister, Erich Wulff.

Einzelpreis DM 1,50. Erscheinungsort Marburg/L. Druck: W. J. Becker, Marburg.

Anschrift des AAK und der Redaktion: p. A. Barbara Schilling, 355 Marburg/L. Liebigstraße 46 (Telefon 06421 / 24672) Postscheckkonto 312093 PSchA Frankfurt/M. - Barbara Schilling, Sonderkonto AAK, 355 Marburg/L.

Abdruck bei Quellenangabe und Zusendung von 2 Belegexemplaren gestattet.

# AIB-AKTUELL

Die Verbrechen der US-Aggressoren in Indochina haben eine neue Stufe der Eskalation erreicht: Neben der systematischen Verwandlung Südvietnams (RSV) in eine Kraterlandschaft (vgl. Beitrag v. Pfeiffer) und der langfristig wirksamen Zerstörung des organischen Gleichgewichts in der Natur (vgl. Beitrag v. Fried) beschwört die forcierte direkte und indirekte Bombardierung der Dämme und Deiche, mit denen sich Nordvietnam (DRV) gegen die Fluten des Ozeans und die Wassermassen der Flüsse schützen muß, Überschwemmungen riesigen Ausmaßes während der Regenzeit herauf.

Diese drohende Katastrophe verlangt unsere Solidarität. Noch stärkere, noch wirksamere Solidarität als bisher. Wie können wir helfen? Was brauchen und erwarten unsere kämpfenden Freunde und Genossen in Indochina von uns?

Einmal müssen wir verstärkt materielle Hilfe leisten. Dazu gehört auch, daß diese Hilfe möglichst nicht vereinzelt, sondern zentral und in Abstimmung mit den Bedürfnissen unserer Freunde gegeben wird, wie dies durch die Hilfsaktion Vietnam e.V., Düsseldorf (Post-scheckkonto Nr. 90040, PSA Essen) gewährleistet ist. Der Erfolg gutgemeinter Initiativen wie z.B. das Sammeln von Arztemustern wird oft durch die ungenügende Beachtung der Brauchbarkeit, der Haltbarkeit, der Übersetzung der Gebrauchsanweisungen oder einer zu geringen Menge von Medikamenten, die keine geschlossene Behandlung erlaubt, zunichte gemacht.

Zum anderen wird unsere politische Solidarität gebraucht. Politische Solidarität heißt, daß wir unaufhörlich die US-amerikanischen Kriegsverbrechen anprangern müssen, heißt, daß wir vor der Öffentlichkeit die Frage: "Wer ist der Aggressor?" klar beantworten müssen (vgl. Beiträge v. Boris/Haustein u. Dietzel), heißt, daß wir die Bundesregierung dazu zwingen müssen, den Krieg zu verurteilen und jegliche materielle Hilfe und politisch-moralische Unterstützung der US-amerikanischen Kriegspolitik und der südvietnamesischen Marionettenregierung zu unterlassen. Das heißt aber auch, daß für unsere Aktionen allein die Programmatik der kämpfenden Befreiungsbewegungen (vgl. Beitrag v. Freyberg), ihre politischen Vorschläge (vgl. Gemeinsame Erklärung u. 7-Punkte Friedensplan) sowie die Forderungen, die von ihnen auf in-

ternationalen Treffen mit der weltweiten Antikriegsbewegung abgestimmt wurden, die Grundlage sein können. Forderungen, die damit nicht übereinstimmen, Aktionsformen, die der Solidarisierung immer breiterer Teile der Öffentlichkeit entgegenstehen, spalten die Aktionseinheit, schaden dem Kampf der indochinesischen Völker und liegen einzig im Interesse der US-Aggressoren.

## BESTELLUNGEN

für das

"Antiimperialistische Informationsbulletin"

Bezugspreis:

für 6 Nummern 7,50 DM einschließlich Porto

für 12 Nummern 15,-- DM einschließlich Porto

Einzelpreis: 1,50 DM

Bei Abnahme von mehr als 10 Exemplaren

33 % Ermäßigung

Bestellungen an:

"Antiimperialistisches Informationsbulletin"

p.A. Barbara Schilling

3550 Marburg/Lahn

Liebigstr. 46

Einzahlungen auf das PSchKto Nr. 312 093,

PSchA Frankfurt/M., Barbara Schilling,

Sonderkonto AAK, 355 Marburg/Lahn

Antiimperialistisches  
Informationsbulletin 9/72

bringt u.a.:

GUAYANA: politische und  
rassistische Diskriminierung

LATEINAMERIKA: wirtschaftliche  
Ausbeutung (I)

Neben Mitgliedern des AAK haben sich an der Arbeit für diese Nummer beteiligt:  
D. u. E. Boris, W. Breuer, P. Dietzel, G. Haberle, H. Haustein, B. Hebel, J. Ostrowsky, M. Schweiker, B. Schwiening

**H.Haustein/E.Boris :**

## **Ursachen, Auswirkungen und Charakter des Krieges in INDOCHINA**

### 1. DAS GENFER ABKOMMEN 1954

Der erste Indochinakrieg (1946-1954), mit dem der französische Imperialismus versuchte, die Demokratische Republik Vietnam erneut unter sein koloniales Joch zu zwingen, von dem sie sich gerade erst befreit hatte, endete mit der katastrophalen Niederlage der französischen Invasionstruppen bei Dien Bien Phu. Die Franzosen sahen sich endlich zu Verhandlungen gezwungen. An der Genfer Ostasien-Konferenz nahmen folgende Staaten teil: die USA (die seit der chinesischen Revolution von 1947 militärisch-strategisch an Indochina interessiert waren und daher bis zu 80% der französischen Kriegskosten getragen hatten), Großbritannien, die UdSSR, die VR China, Frankreich, Laos und Kambodscha, die Demokratische Republik Vietnam (DRV) und der sogenannte "Staat" Vietnam (repräsentiert durch Kaiser Bao Dai, der - von den Franzosen wiedereingesetzt - unmittelbar imperialistische Interessen vertrat).

Bezüglich Vietnams faßte die Konferenz folgende Beschlüsse:

1. Anerkennung der nationalen Grundrechte des vietnamesischen Volkes - Unabhängigkeit, Souveränität, Einheit und territoriale Integrität.
2. Das Land sollte vorläufig in zwei militärische Zonen gegliedert werden, in die sich die Streitkräfte der direkt beteiligten Mächte aufzuteilen hatten. Die Demarkationslinie entlang dem 17. Breitengrad sollte keine politische und territoriale Grenze sein (Art. I).
3. In den zwei Zonen durften keine fremden Militärstützpunkte errichtet werden. Beide Teile Vietnams sollten keinem Bündnis angehören (Art. 18). Verboten wurde die Einfuhr von Waffen oder Waffenmaterial (Art. 17a), jegliche Truppenverstärkung und die Einführung von zusätzlichem militärischen Personal (Art. 16).
4. Personen oder Organisationen sollten wegen ihrer Tätigkeit während des Krieges nicht benachteiligt oder unterdrückt werden (Art. 14c).
5. Jeder Zivilist sollte die Zone, in der er leben wollte, frei wählen können (Art. 14 d).
6. Im Juli 1956 sollten allgemeine, freie und geheime Wahlen in ganz Vietnam stattfinden, worüber die Behörden der beiden Gebiete rechtzeitig Verhandlungen aufzunehmen hatten (Art. 14a).
7. Die Einhaltung aller Bestimmungen sollte von einer internationalen Kommission kontrolliert werden, die aus Vertretern Kanadas, Indiens und Polens bestand (Art. 34).

Zwei Teilnehmer der Konferenz weigerten sich, den Genfer Beschlüssen zuzustimmen:

die USA und der sogenannte Staat Vietnam. Die US-Regierung gab eine einseitige Sondererklärung ab, in der es heißt, daß sie zwar nicht bereit sei,

"einer Erklärung beizutreten, wie sie der Konferenz vorliegt, [...] daß sie aber Kenntnis nimmt von dem Abkommen und daß sie sich jeder Drohung mit oder des Gebrauchs von Gewalt zu dessen Störung enthalten wird und daß sie jede Erneuerung der Aggression in Verletzung der [...] Abkommen mit schwerer Besorgnis und als ernste Bedrohung des internationalen Friedens und der Sicherheit betrachten wird."

Von Anfang an haben die US-Imperialisten das Abkommen, an das sie völkerrechtlich durchaus gebunden sind, mit Füßen getreten. Bereits die Erklärung Präsident Eisenhowers über die Ergebnisse der Genfer Konferenz vom 21. Juli 1954 enthüllt die heuchlerische Position der US-Regierung:

"Die Vereinigten Staaten waren in diesem Krieg nicht Partei. [...] Die Vereinigten Staaten sind weder Partner der von der Konferenz getroffenen Regelungen, noch sind sie an diese gebunden [...] Gleichwohl haben wir als loyales Mitglied der Vereinten Nationen und in Übereinstimmung mit den Pflichten und Prinzipien des Artikels 2 der Charta der Vereinten Nationen erklärt, daß die Vereinigten Staaten keine Gewalt anwenden werden, die Lösung zu stören. Wir sagen andererseits auch, daß jede Erneuerung der kommunistischen Aggression von uns als eine Angelegenheit von ernstem Belang angesehen werden wird."

Aus dieser Äußerung des damaligen US-Präsidenten wird deutlich, daß die USA nur ein ihnen gewogenes und dienliches Regime in Vietnam zulassen würden. Nur unter diesen Bedingungen waren die USA gewillt, die Genfer Beschlüsse zu akzeptieren und für sich verbindlich zu machen. Da die Absichten der USA jedoch nicht dem Willen des vietnamesischen Volkes entsprachen, mußte jede Regierung, die den US-amerikanischen Interessen entsprach, eine Regierung gegen das Volk, eine "Marionettenregierung" sein. Ngo Dinh Diem und dessen Familienclan ersetzten als getreue Gefolgsleute Washingtons die französische Marionette Bao Dai.

Mit dem Schlagwort der "kommunistischen Aggression" in der Erklärung Eisenhowers begann eine weltweite Propaganda gegen den erklärten Willen des vietnamesischen Volkes. Die "Invasion aus dem Norden", die "flagrante Aggression Nordvietnams" sind bis heute gängige Kolportagemuster der bürgerlichen Presse (vgl. in diesem Heft: W. Breuer). Derselbe "Aggressionsakte" haben jedoch - abgesehen davon, daß der Begriff der Aggression das Überschreiten einer völkerrechtlich legitime Grenze voraussetzt - zu keiner Zeit stattgefunden, was - wie die Pentagon-Papiere beweisen - den maßgeblichen US-Politikern entgegen ihrer lügnerischen Propagan-

da schon immer bekannt war. Was die gemeinsame Verteidigung gegen die US-amerikanische Aggression betrifft, in deren Zusammenhang derlei Lügenparolen wieder aufleben, so ist noch einmal ausdrücklich auf den Text des Genfer Abkommens zu verweisen:

"Die Konferenz erkennt an, daß der Hauptzweck des auf Vietnam bezüglichen Abkommens der ist, militärische Fragen zu lösen, um die Feindseligkeiten zu beenden, und daß die militärische Demarkationslinie nur vorläufig ist und unter keinen Umständen dahin auszu-legen, daß sie eine politische oder territoriale Grenze konstituiert." (Punkt 6 der Schlußerklärung der Genfer Konferenz)

## 2. DIE VERHINDERTEN WAHLEN

In der Folgezeit begann die US-Regierung, immer umfangreicher die Aufrüstung der süd-vietnamesischen Armee durch Ausbildungspersonal und Kriegsmaterial zu unterstützen. Die Südzone wurde von einem ganzen Netz militärischer und halb-militärischer Organisationen der USA überzogen, so daß der Chef des amerikanischen Informationsdienstes in Saigon erklärte:

"Hier schießen neue Einheiten und Befehlsstellen wie die Pilze aus dem Boden. Es wird behauptet, daß selbst das Pentagon die Übersicht verloren habe und ein Computer beschäftigt werden müsse, um die Personalsituation der USA in Vietnam zu entwirren. [...] Im Grunde kommt das, was die Vereinigten Staaten in Vietnam machen, der Errichtung einer Schattenregierung gleich."

Die Amerikaner taten alles, um die von ihnen eingesetzte Marionette Diem zu stützen. Diem hatte lange Zeit in den USA gelebt und war ein enger Freund des extremen Antikommunisten Kardinal Spellmann, der 1955 für den US-Imperialismus folgende zynische Propagandarede hielt:

"Genf ist der Zapfenstreich für die begraben Hoffnungen der Freiheit in Südostasien, [...] für die gerade verratenen Millionen von Indochinesen, die nun die grausamen Taten der Sklaverei von ihren gierigen kommunistischen Herrschern kennenlernen müssen."

Diem war militanter Antikommunist und gehörte der Minderheit der Oberschicht an, die sich mit der Kolonialmacht identifiziert und mit ihr zusammengearbeitet hatte. Als Vertreter des feudalen Großgrundbesitzes gehörte es zu seinen ersten Maßnahmen, die von den Vietminh<sup>1)</sup> eingeleitete Agrarreform rückgängig zu machen und die feudalen Grundbesitzverhältnisse zu restaurieren.

Die soziale Basis des Diem-Regimes war freilich äußerst schmal. Die Massen der verarmten Bauern und Pächter hatten noch immer das Beispiel der Vietminh vor Augen. Unter diesen Bedingungen konnte die Stabilisierung des Diem-Regimes nur mit der Ausrottung aller politischen Gegner einhergehen, was einen eindeutigen Verstoß gegen das Genfer Ab-

kommen implizierte (vgl. auch in diesem Heft: J.v.Freyberg).

Die Saigoner Regierung lehnte jede Verhandlung mit der DRV zur Vorbereitung der für 1956 festgesetzten Wahlen zur Wiedervereinigung ab. Das Motiv hierfür ist eindeutig: Durch die Vertreibung der verhaßten Kolonialregierung und durch das Programm der sozialen Reformen war Ho Chi Minh so populär geworden, daß er bei freien Wahlen einen überragenden Sieg errungen hätte. Dies bestätigt auch General Eisenhower in seinen Memoiren:

"Ich habe nie mit jemandem gesprochen oder korrespondiert, der aufgrund seiner Kenntnisse der Lage nicht mit mir der Meinung gewesen wäre, daß möglicherweise 80% der Bevölkerung für Ho Chi Minh gestimmt hätten [...]."

Der Juli 1956 ging vorüber, ohne daß dem vietnamesischen Volk die vertraglich zugesicherte Wiedervereinigung zugestanden wurde. Dagegen wuchsen Terror und Ausbeutung, besonders unter der ländlichen Bevölkerung. Um dies System der US-Imperialisten und ihrer vietnamesischen Helfershelfer aufrecht erhalten zu können, mußte alles ausgeschaltet werden, was auch nur den leisesten Ansatz einer Alternative oder der Erinnerung an Vergangenes bot. So nahmen die Verfolgungen Oppositioneller - seien sie nun Vietminh, bürgerliche oder religiöse Gruppen - ständig zu. Der Verstoß gegen Artikel 14 des Genfer Abkommens wurde zum System.

## 3. DIE ESKALATION DES KRIEGES

In der Zeit von 1954 bis 1960 war es das Ziel der US-Imperialisten und ihres Strohmannes Ngo Dinh Diem, alle Widerstandskräfte auszuschalten, die patriotischen Organisationen zu zerschlagen und die Massenbewegung für die Verwirklichung des Genfer Vietnam-Abkommens zu vernichten. Dieser "Befreiungsplan" scheiterte: der Aufstand von 1959/1960, der ganz Südvietnam erfaßte, drohte das Diem-Regime zu stürzen. Die US-Amerikaner sahen sich gezwungen, ihr militärisches Engagement zu verstärken, um das Saigoner Regime und damit die Wahrung ihrer Interessen in Indochina abzusichern. Sie wandten von nun an in den nächsten 4 Jahren die Konzeption des "Spezialkriegs" an, nachdem Ende 1961 die militärische Niederlage der Saigoner Truppen nicht mehr zu übersehen war und die FNL, die Nationale Front für die Befreiung Südvietnams, drei Viertel der ländlichen Gebiete Südvietnams kontrollierten. Die Konzeption des "Spezialkrieges" stützte sich auf die Intensivierung des Luft- und Artilleriebombardements und auf

den massierten Einsatz von Hubschraubern und gepanzerten Amphibienfahrzeugen. Die Kennedy-Administration erwartete, daß damit binnen 18 Monaten die Konterrevolution zum Sieg gelangen würde.

Die Eskalation des Krieges konnte jedoch den Widerstand des vietnamesischen Volkes nicht brechen. Massendemonstrationen der Buddhisten, die schließlich auch in spektakulären Selbstverbrennungen von Mönchen kulminierten, machten es den Wortführern des US-Imperialismus immer schwieriger, der Weltöffentlichkeit den Charakter ihrer Marionetten zu verschleiern. Gegen ein terroristisches Regime Diem hatten sie so lange nichts einzuwenden gehabt, wie es ihren Interessen dienlich war. Nun, da Diem die politische Macht zusehends aus der Hand glitt und er (wie aus den Pentagon-Papieren hervorgeht) auf eigene Faust Kontakte zur DRV aufnehmen wollte, war er für sie nicht mehr tragbar. Im November 1963 wurde Diem mit Unterstützung des CIA durch eine Militärjunta gestürzt und sofort liquidiert. Im Mai 1965 war der Plan des "Spezialkrieges" endgültig gescheitert. Angesichts der nicht mehr zu übersehenden Zerfallserscheinungen der süd-vietnamesischen Marionettenarmee fand sich die US-Regierung erneut vor die Alternative gestellt, die Sache der Konterrevolution verloren zu geben oder ihr Engagement auf eine neue Stufe zu heben. Sie entschied sich für das letztere und leitete die Periode des "lokalen" bzw. "begrenzten" Krieges ein.

Die Konzeption des "lokalen" Krieges unterscheidet sich von der des "Spezialkrieges" dadurch, daß US-amerikanische Land-, Luft- und Seestreitkräfte in größerem Maßstab und direkt in die Kampfhandlungen eingriffen. Im August 1964 inszenierten die US-Imperialisten den sogenannten Tonkin-Zwischenfall, die angebliche Aggression gegen US-Schiffe durch die DRV, als Vorwand, um die DRV vom Februar 1965 an - ohne Kriegserklärung - systematisch zu bombardieren. Aber schon im Januar 1966 gab General Earle Wheeler, Generalstabschef der US-Armee zu: "3/4 des Territoriums von Südvietnam sind unter der Kontrolle des Vietcong." Obwohl im Rahmen des "lokalen" Krieges bis 1968 über 500.000 US-Soldaten nach Vietnam transportiert wurden und mehr als 32% der taktischen Luftwaffe, 19% der strategischen Luftwaffe, 36% der US-Navy-Luftwaffe und 66% der US-Flugzeugträger in den Luftkrieg gegen die DRV und in der Republik Südvietnam zum Einsatz kamen, gelang es dem Koloß USA also nicht, den vietnamesischen Kampfeswillen zu brechen. Das wurde ganz deutlich, als die

USA und ihre Marionetten im Frühjahr 1968 der Großoffensive der vereinigten Befreiungstreitkräfte ("Tetoffensive") hoffnungslos unterlagen. Gleichzeitig wurde in dieser Offensive deutlich, daß die berühmten "3/4 Südvietnams", die sich auch nach US-amerikanischen Angaben unter FNL-Kontrolle befanden, nicht nur einen militärisch-strategischen Vorteil für diese bedeuteten. Es war vielmehr gelungen, in den befreiten Gebieten ansatzweise eine politische wie soziale Infrastruktur zu schaffen, die es den Befreiungstreitkräften erlaubte, mit voller Deckung durch das Volk in diesen Gebieten zu operieren. Nach der Frühjahrsoffensive 1969, die wiederum große Niederlagen der fremden Aggressoren und ihrer verräterischen Kollaborateure zur Folge hatte, manifestierte sich dieser Tatbestand auf dem "Kongreß der Repräsentanten des Volkes von Südvietnam" vom 6. bis zum 8. Juni 1969: Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam (PRR) wurde gebildet; sie kontrolliert den größten Teil des Landes, verfügt über einen eigenen Staatsapparat und vertritt die Republik Südvietnam bei der Pariser Konferenz.

#### 4. DAS KONZEPT DER "VIETNAMISIERUNG" UND DIE TERRITORIALE AUSDEHNUNG DES KRIEGES

Als mit der Tet-Offensive das Dilemma der amerikanischen Aggressionspolitik zum wiederholten Male auch vor den Augen der US-amerikanischen Öffentlichkeit enthüllt war, trat die US-Administration wieder einmal die Flucht nach vorn an. Das Konzept des "local war" war gescheitert, die neue Rettung wurde vom Konzept der "Vietnamisierung" erwartet, das - auf seinen wirklichen Inhalt reduziert - den Abzug der amerikanischen Bodentruppen bei gleichzeitiger Verstärkung der Bombardements impliziert. Das vom US-amerikanischen Botschafter in Saigon offen erklärte Ziel, "[...] die Hautfarbe der Toten (zu) ändern", sollte mit folgenden drei Schritten erreicht werden: a) verstärkter Abzug von US-amerikanischen Bodentruppen, der durch die Rechnung: für jeden abgezogenen GI zwei neue Marionettensoldaten, kompensiert werden sollte, b) Modernisierung der Saigoner Armee und Verstärkung US-amerikanischer Waffenlieferungen, c) intensiveres Trainingsprogramm und Disziplinierung der Marionettentruppen. (Näheres zur "Vietnamisierung" vgl. AIB Nr.4/72) Dieses Programm sah gleichzeitig eine territoriale Ausweitung des Krieges vor, die natürlich öffentlich nicht zugegeben, dafür aber um so eifriger betrieben wurde: Der seit langem geführte "geheime Neben-

krieg" in Laos wurde 1969 so verstärkt, daß (nach Angaben des australischen Journalisten W. Burchett) in diesem Jahr auf laotischem Territorium mehr Bomben niedergingen

"[...] als im Zweiten Weltkrieg während eines einzigen Jahres auf die von den Nazis beherrschten Teile Europas abgeworfen wurden."

Die Hoffnung, dadurch den Nachschub der vietnamesischen Volksbefreiungstreitkräfte in irgendeiner Weise zu unterbrechen, blieb jedoch unerfüllt.

Ebenso blieb die Einbeziehung Kambodschas, das bis dahin seine Neutralität zu wahren verstanden hatte, im Mai 1970 nach einem CIA-Putsch gegen die rechtmäßige kambodschanische Regierung völlig "erfolglos". Abgesehen davon, daß die Amerikaner dieses bis dahin relativ friedliche Land überfielen, seine Bevölkerung in tiefstes Elend stürzten und das Territorium mit ihrer bekannten Strategie der "verbrannten Erde" heimsuchten, war die einzige Folge dieses Coups der Nixon-Administration: die Stärkung der kambodschanisch-vietnamesischen Einheit manifestierte sich in immer neuen Erfolgen der Volksbefreiungstreitkräfte und ihrer kambodschanischen Bündnispartner.

Das Scheitern dieser neuen Stufe der Eskalation des Krieges durch die US-amerikanischen Aggressoren und ihre diversen Marionettenregime zeigte sich deutlich in den verheerenden Niederlagen, die die diesjährige Frühjahrsoffensive der Marionettenarmee und den US-amerikanischen Truppen zufügte. Wie früher versuchen die USA auch jetzt, einem Eingeständnis ihrer Niederlage durch neuerliche Eskalation zu entgehen: Das neue "Rezept" heißt: Immense Verstärkung der Bombenangriffe auf die DRV, Einsatz neuer Waffensysteme, die in ihren mörderischen Wirkungen den - so oft angedrohten - Einsatz taktischer Atomwaffen durchaus überflüssig machen, da eine territoriale Erweiterung des Krieges kaum mehr möglich ist; heißt: Intensivierung des Krieges. Das schon früher erklärte Ziel, die DRV "in die Steinzeit zurückzubomben" soll nun wohl wahrgemacht werden. Während immer mehr Provinzen in den völligen Besitz der Volksbefreiungstreitkräfte übergehen, während sich die Desertionsraten der Marionettenarmeen, deren kümmerliche Reste marodierend durch die zerbombten Städte ziehen, kontinuierlich steigern, während die Saigoner Marionetten sich schon auf die Flucht vorbereiten, erhöhen die US-Luftstreitkräfte ihre tägliche Einsatzzahl auf 1500 Flüge gegen die DRV und die befreiten Territorien, und meinen, damit zur "Wahrung ihres Gesichtes" entscheidend beizutragen.

##### 5. DIE VERLETZUNG INTERNATIONAL ANERKANNTER VÖLKERRECHTSPRINZIPIEN DURCH DIE USA, DER EINSATZ NEUER WAFFENSYSTEME UND METHODEN DER "BEFRIEDUNG"

Abgesehen vom Bruch des Genfer Indochina-Abkommens haben die USA im Verlauf ihres gegen die DRV und die Bevölkerung Südvietnams gerichteten Aggressionskrieges (den sie nie erklärt haben) gegen alle bestehenden Völkerrechtsgrundsätze, die das Verhalten von Staaten im Kriegszustand betreffen, verstoßen. Es sind dies hauptsächlich: die I., II., III., und IV. Genfer Konvention (vom 12. August 1949) zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen, über die Behandlung der Kriegsgefangenen und zum Schutze von Zivilpersonen; darüber hinaus: die Haager Deklarationen zur Ächtung von Dum-Dum-Geschossen, Giftgasen und Flugzeugangriffen (welche letztere weder völkerrechtlich noch faktisch durch den zweiten Weltkrieg überholt ist, da sich nach Kriegsende die Siegermächte wieder zu ihr bekannten), das Genfer Protokoll zum Verbot bakteriologischer und chemischer Waffen, und das III. und V. Haager Abkommen über die Rechte und Pflichten neutraler Personen und Staaten und über den Beginn der Feindseligkeiten, welches eine Kriegserklärung zwingend vorschreibt.

Aus der Vielzahl der Rechtsbrüche lassen sich hauptsächlich zwei Formen der Kriegsverbrechen unterscheiden:

- a) die Methoden planmäßiger Folterung der Kriegsgefangenen
- b) der Einsatz unzulässiger Waffen und die Bombardierung nichtmilitärischer Ziele.

a) Die wichtigsten von den Amerikanern planmäßig betriebenen und planmäßig ausgeübten Folterungsmethoden sind folgende:

Punchingball: Das Opfer wird mit dem Kopf nach unten aufgehängt und mit Tritten und Faustschlägen mißhandelt.

Schläge auf die Hände mit Knüppeln.

Schweinekäfig: Das Opfer wird gezwungen, sich flach auf den Bauch in einen Graben zu legen, und wird dann mit Stacheldraht bedeckt.

Die Reise nach Dakota: Das Opfer wird mit dem Kopf nach unten aufgehängt, geschlagen, und seine Hände werden in eine eiserne Presse gesteckt.

Die Reise nach Brat: Schmutziges, mit Kot und Urin vermisches Seifenwasser wird dem Opfer in den Mund gegossen, bis sein Magen aufquillt. Dann trampelt man mit Nagelschuhen solange auf ihm herum, bis das Wasser aus dem Mund, der Nase oder dem After herauskommt.

U-Boot-Fahren: Das Opfer wird stundenlang in kaltes Wasser getaucht.

Haare-Ausreißen.

Knien auf einem mit Nägeln besetzten Brett.

Durchbohren der Geschlechtsorgane mit Nadeln.

Aufhängen des Opfers an einem durch Hände und Füße getriebenen Haken, wobei in seinen Körper Nägel eingestochen werden.

Herausreißen von Fleischstücken aus dem Schenkel mit glühenden Zangen.

Anzünden von Stroh- und Heubündeln, die am Körper des Opfers befestigt sind.

Das Opfer wird an einen Baum genagelt, bevor es getötet wird.

Das Opfer wird in einen Sack gesteckt und mit Säbeln durchbohrt; der Sack wird mit Petroleum übergossen und in Brand gesteckt.

**Jeep-Rennen:** Das vollkommen nackte Opfer muß auf einem beiderseits mit Stacheldraht begrenzten Weg vor einem Jeep herrennen. Jedes Stolpern führt zum Überfahren des Opfers.

Bei Frauen Eintreiben von Holzstücken in die Vagina, Abschneiden der Brüste, Durchstechen von Brustwarzen mit Nadeln, Vergewaltigungen durch Syphilitiker.

b) Abgesehen von den inzwischen bekannten Völkerrechtsverletzungen durch den Einsatz von Giftgasen, Napalm und bakteriologischen Waffen, sind in letzter Zeit - einhergehend mit der neuen Eskalationsstufe der "Vietnamisierung" folgende neue Waffen zum Einsatz gekommen, die jeder völkerrechtlichen Bestimmung Hohn sprechen:

#### Bomben:

**BLU-82-B:** Gewicht 7 Tonnen, Detonationswirkung gleicht einer kleineren Atombombe. Die Bombe explodiert kurz über dem Boden, hebt keinen Krater aus, vernichtet aber in einem Umkreis von einem Kilometer alles Leben. Wurde früher als Mittel zur Schaffung von Hubschrauberlandeplätzen im Dschungel verwendet, heute aber zunehmend gegen Truppenkonzentrationen angewandt.

**Super-Napalm:** entwickelt Temperaturen bis zu 2000 Grad Celsius (einfaches Napalm: 1000 Grad Celsius).

**Cluster Bomb Unit:** Eine "Mutterbombe", die in Höhe von etwa 800-1200 m über der Erde detoniert, enthält viele kleine Bomben, die ihrerseits wieder viele kleine Stahlsplitter in die Gegend schleudern. Diese Waffe ist gegen militärische Einrichtungen völlig wirkungslos, bewirkt aber bei Menschen schwere Verletzungen.

#### Lenksysteme:

Man geht aus Gründen der Treffsicherheit und der Gefährdung von Piloten immer mehr zu automatischer Lenkung über.

**Laserlicht:** Ein Posten am Boden "beleuchtet" das Ziel mit einem Laserstrahl.

**Radiowellen:** Gegnerische Stellungen werden durch Auffangen der von ihren Geräten und Fahrzeugen erzeugten Geräusche ausfindig gemacht.

**Infrarot:** Fahrzeuge mit Dieselmotoren können wegen ihrer hohen Verbrennungstemperatur mit Infrarotstrahlen geortet werden.

#### Elektronik:

Zur Ortung und Beobachtung von Truppenverschiebungen werden eingesetzt: Acoubouy, Adsid, Acousid: An Bäumen und am Boden deponierte Sensoren, die auf Geräusche, menschliche Ausdünstungen und geringe Belastungen reagieren. Ihre Daten werden von unbemannten Flugzeugen gesammelt und an das Zentrum weitergegeben, das militärische Schritte anordnet oder sogar vorher gelegte Minen hochgehen läßt.

#### Minen:

Es werden zunehmend kleine hochsensible Minen eingesetzt.

**Spider:** Die weniger als hühnereigroße Mine breitet acht Nylonfäden am Boden aus und detoniert, wenn einer von ihnen berührt wird.

**Gravel:** Die täuschende Nachahmung eines dünnen Laubblattes oder eines Taschentuchs enthält nur geringe Mengen Sprengstoff, die ausreichen, bei Berühren schwere Hand- und Fußverletzungen zu bewirken.

**Dargon Tooth:** An einem Kunststoff-Flügel hängend wird diese Miniaturmine nach dem Prinzip des Pflanzensamens durch die Luft getragen.

#### Gunships:

Spezialflugzeuge zur Unterbindung feindlicher Truppenverschiebungen, die mit extrem schnellfeuernden Bordkanonen und elektronischer Ausrüstung auch Nachteinsätze fliegen können.

Schon die Aufzählung dieser Waffengattungen verdeutlicht, daß es den amerikanischen Aggressoren nicht etwa, wie sie immer wieder beteuern, um die Vernichtung militärischer Ziele geht. Die Ergebnisse der Bombardements zeigen deutlich, daß die Hauptrichtung der US-Aggressoren die Vernichtung jedes menschlichen und biologischen Lebens überhaupt ist. Hier nur einige Daten:

Sämtliche in der DRV arbeitenden Krankenhäuser mit Ausnahme des von der DDR aufgebauten sind inzwischen zerbombt und mußten geschlossen werden. Schulen und Kindergärten müssen, soweit sie nicht zerstört wurden, mit sehr wirksamen Luftschutzvorrichtungen ausgestattet werden. Die Zerstörung des größten Kraftwerkes der DRV - was nichts anderes bedeutet als die durch die Haager Landkriegskonventionen geächtete Bombardierung eines Staudammes, die Zerstörung von nichtmilitärischen Produktionseinrichtungen und nicht zuletzt die völkerrechtswidrige Bombardierung von Dämmen und Deichen beweisen, worum es den USA in Wirklichkeit geht: Um die Realisierung der Devise "lieber tot als rot" auf vietnamesischem Territorium. Doch nicht nur alles gegenwärtige Leben soll vernichtet werden. Die Kraterlandschaften Vietnams sind von einer Unzahl von Giftstoffen und bakteriologischen Waffen für Jahrzehnte unbrauchbar für landwirtschaftliche Nutzung gemacht. Die chemischen und bakteriologischen Waffen bewirken nachweisbar Geburtsschäden bei Kindern, deren Eltern diesen Waffen ausgesetzt waren - ähnlich wie bei der Bombe von Hiroshima und Nagasaki. Wenn die USA vom Frieden reden, meinen sie die Friedhofsruhe eines Landes, in dem jedes Leben vernichtet ist; wenn sie "Vietnamisierung" sagen, meinen sie in Wirklichkeit die "Befreiung" Vietnams von den Vietnamesen.

#### Anmerkung:

- 1) Vietminh - Viet-nam doc lap dong minh - Liga für den Kampf um die Unabhängigkeit Vietnams. Die Vietminh wurde 1941 auf Initiative der KP Indochinas gegründet und umfaßte ca. 50 Parteien und Organisationen. Die Hauptforderungen ihres Programms waren: Völlige Unabhängigkeit des Landes; Aburteilung aller Verräter und Kollaborateure; Einheit des Landes; allgemeines, gleiches und geheimes Wahlrecht sowie demokratische Freiheiten; Amnestie-rung politischer Gefangenen; Industrialisierung und Rekonstruktion der Landwirtschaft; Achtstundentag und Sozialversicherung; Abschaffung feudaler Steuern, Bodenreform und Herabsetzung der Pacht, Verbot des Wuchers; Gleichberechtigung aller Nationalisten; Gründung einer Republik.

#### Literatur:

- v. Freyberg/Steinhaus, Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution, I und II, Frankfurt 1969  
Sprigath/Steinhaus, Indochina, Frankfurt 1971  
W. Burchett, Kambodscha und Laos oder Nixons Krieg?, Reinbeck 1970  
W. Burchett, Vietnam; Inside Story of the Guerilla War, New York 1965  
Jean Chesneaux, Vietnam. Geschichte und Ideologie des Widerstandes, Frankfurt 1968  
Die Pentagon-Papiere, München/Zürich 1971  
H. Weiler, Die völkerrechtliche Analyse des amerikanischen Krieges und seine Vorgeschichte, Frankenthal/Montreux 1969  
D. Weidemann/R. Wünsche, Vietnam 1945-1970, Berlin 1971  
St. Rose, Gefahr aus der Retorte. Die geheimen Vorbereitungen des chemisch-biologischen Krieges, Freiburg 1969  
Vietnam-Ausschuß beim afrc-asiatischen Solidaritätskomitee der DDR (Hrsg.), Die Wahrheit über die USA-Aggression in Vietnam, Berlin o.J.  
G. Grümmer, Völkermord mit Herbiziden, Berlin o.J.  
Sartre/Russel, Das Vietnam-Tribunal oder Amerika vor Gericht, und: Das Vietnam-Tribunal II oder die Verurteilung Amerikas, Reinbek 1968 und 1969  
Die Zusammenstellung über die neu eingesetzten Waffen wurde vom Berliner Extradienst vom 7.6.1972 übernommen.

**John H.E. Fried :**

## Krieg durch Zerstörung der Umwelt

John H.E. Fried ist Professor für politische Wissenschaften am Lehman College und der Graduate Faculty an der Universität von New York. Beim Kriegsverbrechertribunal in Nürnberg fungierte er als spezieller Berater in Rechtsfragen. (d.Red.)

Alle Lebewesen sind voneinander und von ihrer Umgebung abhängig. Das wird mit dem Ausdruck "ökologisches Gleichgewicht" bezeichnet. Das ökologische Gleichgewicht

hängt insbesondere von den ökologischen Komponenten der Natur ab, die nur "karge Quellen" sind. Wenn die Umwelt stark gestört oder vernichtet wird, kann das ökologische Gleichgewicht nicht länger aufrechterhalten werden und die untereinander abhängige Existenz von Lebewesen - Menschen, Tieren und Pflanzen - ist direkt gefährdet. (Ökozid).

Der Begriff "Ökozid" bedeutet also bewußte, in großem Maßstab angewandte Maßnahmen zur Störung oder Vernichtung des ökologischen Gleichgewichts. Der Begriff "Ökozid" bedeutet z.B. nicht nur die Vernichtung von Ernten oder Nahrungsmitteln, sondern auch die Verhinderung des Wachstums von Nahrungsmitteln in der Zukunft (Kriegführung zur Zerstörung der Lebensmittel); er meint nicht nur die Vernichtung von Holz und anderen unebbaren Pflanzen, sondern darüber hinaus die Verhinderung von zukünftigem Wachstum (Entlaubungskrieg).

Die Tatsache, daß solche Maßnahmen in Indochina systematisch und in großem Maßstab angewandt worden sind, ist nunmehr allgemein bekannt. Die systematische Natur dieses Programms zeigt sich an

- a) dem Ausmaß und der Intensität der Forschungen zur Entwicklung von chemischen Waffen (Herbiziden und Entlaubungsmitteln), insbesondere des sogenannten 2,4-D (2,4-Dichlorophenoxyacetat-Säure); 2,4,5-T (2,4,5-Trichlorophenoxyacetat-Säure); Cacodyl-Säure, Picloram und verschiedener Mischungen, bekannt unter den Bezeichnungen "Agent Orange", "Agent Blue" und "Agent White".
- b) der großangelegten systematischen Benutzung dieser Chemikalien;
- c) dem großangelegten und systematischen Gebrauch anderer Methoden (zusätzlich zur Verwendung der Chemikalien), um ökologischen Schaden anzurichten;
- d) der Kombination ökologischer Kriegführung mit anderen Methoden, die nicht direkt darauf abzielen, ökologischen Schaden zu verursachen --- z.B. die Schaffung einer großen Anzahl von Flüchtlingen und die wahllose Bombardierung von "Feuerzonen" --- was die schlimmen Auswirkungen der ökologischen Kriegführung noch vergrößert und erschwert.

Der Begriff "Ökozid" ist noch nicht ins internationale Recht eingegangen. Welches sind die rechtlichen Konsequenzen dieser Tatsache?

Die Kombination militärischer Strategien, die unter dem Konzept oder dem Begriff "Öko-

zid" zusammengefaßt ist, ist so neu und so einzigartig, daß sie in den Kodifizierungen des Kriege Rechts nicht zu finden ist. Die Situation ist vergleichbar mit der Entwicklung des Begriffs des Völkermords ("Genozid").

Es bedurfte langwieriger Überlegungen, ehe man sich, lange nach Hitlers Tod, 1949 in einer formellen internationalen Konvention zur Verhinderung und Bestrafung von Völkermord auf eine rechtliche Definition des Begriffs "Genozid" einigen konnte. Da dieser Begriff zur Zeit der Nürnberger Prozesse nicht zur offiziellen Rechtssprache gehörte, war keiner der Angeklagten wegen "Völkermordes" angeklagt, jedenfalls nicht unter diesem Begriff. Wenn einige Kriegsverbrechertribunale, wie es vorkam, gelegentlich auf den Begriff "Völkermord" zurückgriffen, dann nur als kurzen Oberbegriff für eine Vielzahl von Maßnahmen, deren Gemeinsamkeit war, daß sie gegen die Existenz und Struktur ganzer Menschengruppen (Genus) abzielten. Die Definitionen, die schließlich in der Völkermordkonvention schriftlich fixiert wurden, klärten und erweiterten den Begriff des verbrecherischen Verhaltens gegen Gruppen; aber die Völkermord-Praktiken, wegen derer Hitlerdeutschland und einzelne Angeklagte vor Gericht standen, waren Verbrechen (Mord, Folterung, Verschleppung, Aushungerung), die bereits lange vorher ohne Ausnahme verfolgt worden waren, wenn sie vereinzelt und ohne eine feindliche Absicht gegen die Gruppe des Opfers begangen wurden. Um es kurz zu sagen: Wenn die Völkermord-Konvention nicht beschlossen worden wäre, wären alle von der Konvention erwähnten Verbrechen trotzdem ausnahmslos durch das bereits vorher gültige

Recht und die moralische Auffassung der Menschheit verurteilt worden. Dies macht jedoch die inhaltliche Bedeutung des Begriffs "Völkermord" nicht unnötig. Es war psychologisch, moralisch, aber auch rechtlich von Bedeutung, daß ein besonderer Ausdruck geprägt wurde, der die Verurteilung bestimmter Verhaltensweisen durch die internationale Öffentlichkeit deutlich macht; das neue Wort wurde zu einem Werkzeug und zum Ausdruck des weltweiten Abscheus. Es könnte deshalb selbst zu einem Abschreckungsmittel werden.

Wenn man den Prozeß der graduellen rechtlichen Formalisierung des Begriffs "Völkermord" betrachtet, kann man zwei Phasen unterscheiden: zuerst, während des II. Weltkrieges, wurde dieser Begriff verwendet, um a) einen kurzen Oberbegriff für eine Vielzahl von Schreckenstaten im Krieg, Ent-

menschlichung und Ausrottung, zu haben und b) um durch dieses Wort die Meinung der Weltöffentlichkeit gegen diese Taten aufzubringen. In diesem Sinne diente das Wort "Völkermord" als eine Waffe, als ein Instrument äußerster Empörung. Die zweite, nach dem Krieg beginnende Phase bestand in der graduellen Entwicklung - in formalen Beratungen unter der Leitung der Vereinten Nationen - einer präzisen Definition von Völkermord und neuer Möglichkeiten zur Verhinderung von Völkermord in der Zukunft.

Man kann sagen, daß der Begriff oder die Konzeption des "Ökozid" sich jetzt in der ersten Phase befindet: obwohl er noch nicht rechtlich definiert ist, wird doch seine essentielle Bedeutung verstanden; er bezeichnet verschiedene Arten von Verwüstung und Zerstörung, deren gemeinsames Ziel es ist, das ökologische Gleichgewicht von Landgebieten zum Schaden des menschlichen, tierischen und pflanzlichen Leben zu beschädigen oder zu zerstören. Es ist bis jetzt noch ungewiß, ob die Nationen der Welt in der Lage sein werden, die zweite Phase zu erreichen - die formelle Ächtung des "Ökozids" durch ein besonderes Übereinkommen - und welche präzise Definition ein solches Übereinkommen beinhalten würde.

Die Frage ist also nicht, ob "Ökozid" unter dem Begriff "Ökozid" durch das internationale Recht verboten wird. Im rein formalen Sinn ist dieser Begriff wegen der Komplexität und der Neuheit des damit bezeichneten Phänomens noch nicht in das Vokabular der internationalen Rechtsprechung eingegangen. Aber nun daraus zu schließen, daß die Phänomene, die dieser Begriff beschreibt, deswegen nicht außerhalb der Grenzen des internationalen Rechts liegen, oder deswegen legal seien, wäre ebenso unzulässig wie die Behauptung, Hitlers Konzentrationslager seien nicht illegal gewesen, weil es den Begriff "Völkermord" zur damaligen Zeit nicht in der Sprache des internationalen Rechts gegeben habe.

#### IST DIE VERWÜSTUNG, DIE DURCH DEN BEGRIFF "ÖKOZID" AUSGEDRÜCKT WIRD, DURCH DAS KRIEGSRECHT VERBOTEN ?

Versuche, dieses militärische Vorgehen zu rechtfertigen, laufen normalerweise auf die Behauptung hinaus, daß ein weitgehend von Guerrillakämpfern geführter Krieg irgendwie nach zugegebenermaßen "unorthodoxen" militärischen Praktiken "verlange".

Tatsächlich führen die USA seit vielen Jahren einen "unorthodoxen" totalen Krieg in

Indochina. Unorthodoxe Kriegsmethoden werden illegal, wenn sie die internationalen Regeln verletzen. Die Grenze zulässiger Kriegshandlungen wird nicht durch den zu Verfügung stehenden technologischen Apparat gesetzt, sondern genaugenommen durch die anzuwendenden Regeln. Das Wesentliche am internationalen Kriegsrecht ist, daß es nicht von irgend-einer Nation oder den Entscheidungsträgern irgendeiner Nation einseitig verändert oder aufgehoben werden kann. Die Behauptung, der Guerilla-Krieg in Indochina sei einzigartig und völlig neu, ist faktisch falsch. Guerilla-Taktiken sind ausführlich in den Haager Konferenzen von 1899 und 1907 diskutiert worden, und die daraus folgende IV. Haager Konvention befaßt sich im allerersten Artikel ihrer Regelungen mit den "Gesetzen, Rechten und Pflichten im Krieg" von "Militärs und Freiwilligen Corps", während der Artikel 2 (ebenfalls noch bevor ein anderer der vielen im Krieg wichtigen Punkte angesprochen wird) feierlich das historische Recht von "Bewohnern [...] die beim Anmarsch des Feindes spontan zu den Waffen greifen, um den Invasionstruppen Widerstand zu leisten [...]" (levée en masse) bekräftigt.

Der Guerilla-Krieg war eine der wesentlichsten Erscheinungen des II. Weltkriegs. Die Guerillas (bekannt als Partisanen, Untergrundkämpfer, Maquis usw.) stellten die Nazis vor gewaltige militärische Probleme (die Nazis nannten sie "Banditen"), und bei den Nürnberger Prozessen der USA und der Vier Mächte, wie ebenso in zahlreichen anderen Kriegsverbrecherprozessen, die von anderen Nationen geführt wurden, wurden Gewalttaten gegen sie verurteilt und bestraft. Weiterhin wurde in der Genfer Konvention von 1949, die angenommen wurde, um eine Wiederholung der Schrecken des II. Weltkriegs zu verhindern, der rechtliche Schutz von Zivilpersonen erweitert, das Verbot willkürlicher Zerstörung und Verwüstung strenger geregelt, und der rechtliche Schutz von "irregulären Kämpfern" und der Bevölkerung in Bürgerkriegssituationen entschieden verstärkt.

Es muß außerdem wiederholt werden, daß das Kriegsrecht es keiner Seite erlaubt, die Regeln mit der Begründung zu verletzen, sie würde ohne solche Verstöße gegen das Kriegsrecht nicht gewinnen, oder möglicherweise den Krieg verlieren. Die Nürnberger Urteile beharren unnachgiebig auf diesem zentralen Punkt.

Es liegt im Wesen des Krieges als einem Kampf, dessen Ausgang offen ist, daß das letztliche Ergebnis, solange der Kampf andauert, ungewiß ist: folglich darf, bis ein

Krieg formell beendet ist, das endgültige Schicksal der umkämpften Gebiete nicht durch Maßnahmen der Okkupanten, die später nicht mehr rückgängig gemacht werden können, vorherbestimmt werden. Dieses Hauptprinzip des Kriegsrechts resultiert direkt aus der Konzeption des Krieges als einer Einleitung zu einer schließlichen Entscheidung (normalerweise in Form eines Friedensvertrags). Selbst wenn ein Krieg viele Jahre dauert, muß die Okkupation von Gebieten immer als vorläufig betrachtet werden. Von besonderer Bedeutung ist die Regel, daß der

"Besitzer-Staat lediglich Verwalter und Nutznießer von öffentlichen Gebäuden, Grundbesitz, Land- und Forstwirtschaft (exploitations agricoles) anzusehen ist, die dem feindlichen Staat gehören [...]. Er muß den Wert dieser Eigentümer schützen und sie in Einklang mit den Regeln der Nutznießung verwalten." (Art. 55, IV. Haager Beschlüsse)

Dies verbietet ganz offenkundig die systematische Zerstörung durch Bulldozer oder jede andere willkürliche Vernichtung von öffentlichen Wäldern und landwirtschaftlicher Nutzfläche.

Auch in noch nicht besetzten feindlichen Gebieten ist blindwütige Zerstörung verboten. Die IV. Haager Beschlüsse setzen fest: "Es ist insbesondere verboten [...] das Eigentum des Feindes zu zerstören oder an sich zu reißen, falls eine derartige Zerstörung oder Inbesitznahme nicht durch die Notwendigkeit des Krieges erforderlich ist." (Art. 23, § 2, als § 58 in das Kampf-Handbuch der US-Armee FM 27-10 von 1956 übernommen). Die Tatsache, daß die Zerstörung und Inbesitznahme von feindlichem Besitz zu den Maßnahmen gezählt wird, die "speziell verboten" sind (wie, unter anderem, "die Verwendung von Gift und vergifteten Waffen", "die Erklärung, es werde keine Gnade gegeben" oder "die Verwendung von Waffen, Munition oder sonstigem Kriegsmaterial, die darauf berechnet sind, unnötig Schmerzen zu verursachen") zeigt, daß diese Bestimmung streng interpretiert werden muß; dies wird noch durch die Tatsache unterstrichen, daß Ausnahmen nur gestattet sind, wenn sie "unbedingt" von den Notwendigkeiten des Krieges gefordert werden.

Das Kampf-Handbuch der US-Armee 27-10 behandelt diese Bestimmung im Abschnitt "Behandlung von Eigentum während des Kampfes" und kommentiert:

"Das Mittel der erlaubten Verwüstung gehört zu den unbedingten Notwendigkeiten des Krieges. Verwüstung als Endlösung oder als

einzelne Kriegmaßnahme ist nicht durch das Kriegsrecht sanktioniert. Es muß eine enge, einsehbbare Beziehung zwischen der Zerstörung von Eigentum und der Überwindung der feindlichen Armee bestehen."

Zum Beispiel kann "unbewegliche Habe für Grenzbefestigung, für die Errichtung von Camps, zum Bau von Befestigungen etc. benutzt werden". Selbst wenn der weitere Kommentar: "Zäune, Wälder, Ernten, Gebäude usw. können zerstört, niedergerissen und verlegt werden, um eine Feuerschneise zu schaffen, eine Landebahn zu bauen oder um sich mit Baumaterial oder Brennstoff zu versehen, wenn dies unbedingt für die Armee benötigt wird", für vereinbar mit dem oben zitierten sehr strengen Art. 23 g der IV. Haager Beschlüsse angesehen wird, dann wären doch die immensen systematischen Zerstörungen der Länder Indochinas nicht einmal durch diese extensiven Auslegungen gerechtfertigt.

Falls Soldaten oder Zivilisten der feindlichen Seite die Gesetze und Gebräuche des Krieges gegenüber den USA verletzen, haben die USA das Recht, entsprechend diesen Regeln dagegen vorzugehen - ebenso, wie die Gegner der USA das Recht haben, entsprechend diesen Regeln gegen die Verletzung der Gesetze und Sitten des Krieges durch US-Soldaten oder Zivilisten vorzugehen. Die USA sind jedoch durch diese Regeln nicht befugt, Maßnahmen zur Verwüstung und zur Zerstörung des ökologischen Gleichgewichts anzuwenden.

Da Maßnahmen zur ökologischen Zerstörung manchmal "gerechtfertigt" werden als "Strafe", Warnung ("Einschüchterung") oder als "Vergeltungsschläge", müssen auch die folgenden beiden Bestimmungen der IV. Genfer Konvention von 1949 herangezogen werden:

"Art.33, § 1 [...] Kollektivstrafen, sowie alle Maßnahmen zur Einschüchterung und zur Terrorisierung sind verboten."

und

"Art.33, § 3: Repressalien gegen geschützte Personen und ihr Eigentum sind verboten."

Der Kommentar des Internationalen Komitees des Roten Kreuzes erklärt, daß Art.33 § 1 verbietet: "Über Personen oder Personengruppen, entgegen den elementarsten Grundsätzen der Humanität, Strafen, gleich welcher Art, zu verhängen, für Taten, die diese Personen nicht begangen haben", und erklärt zu Art.33 § 3:

"Das Verbot von Repressalien stellt eine Sicherheit für alle geschützten (zivilen) Personen, sowohl im Gebiet einer kämpfenden

Partei, als auch in besetztem Gebiet, dar. Es ist absolut und hat Befehlscharakter und kann somit nicht so interpretiert werden, als beinhalte es stillschweigende Umgehungsmöglichkeiten im Hinblick auf militärische Notwendigkeit. Der feierliche und bedingungslose Charakter (dieses Verbots) muß betont werden [...]"

Die ökologische Zerstörung und Verwüstung stellt eine sehr schwere, ja, beispiellose Verletzung der wesentlichsten Regeln des Krieges dar. Das Kampf-Handbuch der US-Armee 27-10 führt korrekt auf:

"498. Verbrechen nach Internationalem Recht. Jede Person, ob Mitglied der Streitkräfte oder Zivilist, die eine Handlung begeht, die laut Internationaler Rechtsprechung ein Verbrechen ist, ist dafür verantwortlich und zu bestrafen. Solche Handlungen im Krieg sind:

- a) Verbrechen gegen den Frieden.
  - b) Verbrechen gegen die Menschlichkeit.
  - c) Kriegsverbrechen.
- [...]"

Art.499 definiert: "[...] Jeder Verstoß gegen das Kriegsrecht ist ein Kriegsverbrechen."

Die Genfer Konventionen von 1949 unterteilen Kriegsverbrechen in a) (leichtere) "Verstöße" und b) ernstliche oder "schwerwiegende Verstöße". Diese "schwerwiegenden Verstöße" schließen ein

"alle folgenden Taten, wenn sie gegen Personen oder Eigentum gerichtet sind, die von der Konvention geschützt werden: willkürliche Tötung [...] das willkürliche Zufügen von großem Schmerz oder schwere Verletzung von Körper oder Gesundheit [...] ungesetzliche Deportation, Überführung oder Gefangennahme einer geschützten Person [...] und große Zerstörung [...] von Eigentum, die nicht durch militärische Notwendigkeit gerechtfertigt ist [...]"

Diese Konventionen beinhalten auch detaillierte Bestimmungen hinsichtlich "wirksamer Strafmaßnahmen für Personen, die solche schweren Verstöße selbst begehen oder diese Verstöße befehlen [...]"  
[...]

Die Umwelt eines Volkes oder das ökologische Gleichgewicht besteht aus einem sehr feinen und komplexen Netz von Abhängigkeiten, die sich zusammensetzen aus den Abläufen in der Natur und des betreffenden Volkes. Sie stellt einen wesentlichen und wertvollen Teil der Existenz und Identität dieses Volkes, seines physischen, aber auch seines

geistigen und kulturellen Erbes und seines wirtschaftlichen Vermögens dar. Das Kriegrecht ist keinesfalls ungeeignet, all diese Werte zu bewahren. Viele seiner Auflagen und Verbote sind von solchen Überlegungen geleitet worden, lange bevor die Welt ihre Aufmerksamkeit auf die Erhaltung des ökologischen Gleichgewichts konzentrierte.

(Quelle: Internationale Kommission zur Untersuchung von US-Verbrechen in Indochina, Stockholm, 2.-4. Juni 1972)

## Dr. E.W. Pfeiffer :

### Kraterisierung und ihre Wirkung auf Land und Landwirtschaft

Dr. E.W. Pfeiffer ist Zoologe an der Universität von Montana, USA. Sein Bericht wurde zuerst 1971 im "Environment"-Magazin abgedruckt. (d.Red.)

Während des Krieges in Indochina haben die Vereinigten Staaten mehr als doppelt soviel Bomben abgeworfen wie während des Zweiten Weltkrieges in Europa, Asien und Afrika zusammen, vor allem in Vietnam. [...] Raketen, Artilleriegeschosse und Minen wurden in großem Umfang in weiten Gebieten Vietnams gezündet, zusätzlich zu den von Flugzeugen abgeworfenen Sprengkörpern. Diese Sprengwaffen wurden prinzipiell in "Feuerfrei-Zonen" oder in speziellen, für Bombenangriffe bestimmten Zonen eingesetzt, die angeblich die gesamte Bevölkerung mit Ausnahme der NLF (National Liberation Front, Nationale Befreiungsfront) und ihrer nordvietnamesischen Verbündeten verlassen hat. Angaben über die Größe dieser Kampfgebiete in Südvietnam würden eine Berechnung darüber ermöglichen, wieviel Prozent der vietnamesischen Landfläche diesen Waffen in besonders starkem Maße ausgesetzt waren. Diese Angaben sind jedoch derzeit nicht erhältlich. Die folgenden Gesamtziffern für ganz Indochina wurden vom Verteidigungsministerium veröffentlicht:

#### Im Indochinakrieg verwandte Munition (in Mio englischen Pfund<sup>1)</sup>)

Jahr	Luftgeschosse	Boden- geschosse	insgesamt
1965	630	?	630
1966	1.024	1.164	2.188
1967	1.866	2.413	4.278
1968	2.863	3.003	5.866
1969	2.774	2.808	5.583
1970	1.955	2.389	4.344
insgesamt	11.112	11.777	22.889

#### DIE ANZAHL DER KRATER

Der Anteil keine Krater verursachender Handfeuerwaffen und sonstiger Geschütze an den während dieser 6 Jahre insgesamt verwandten 23 Mrdn Pfund Munition ist uns nicht bekannt. Hier nur einige grobe Schätzungen: Wenn die Hälfte der Munition (in Gewicht ausgedrückt) aus solchen Geschossen bestünde, die Krater bewirken (Bomben, Granaten etc), und wenn jedes dieser Geschosse eine 500-Pfund-Bombe wäre, dann wäre Indochinas Landschaft heute mehr oder weniger dauerhaft durch über 20 Mio Krater "umgestaltet". Bei einem geschätzten Durchmesser von durchschnittlich 30 Fuß würden die Kraterlöcher allein schon ein zusammenhängendes Gebiet von etwa 350 000 Acres bedecken. Obwohl man fast überall in den ländlichen Gegenden Südvietnams zufällige, verstreute Krater finden kann, haben wir in den Provinzen Tay Ninh, Long Khanh, Gia Dinh, Hau Nghia, Binh Duong, Quang Ngai, Quang Tin und Quang Nam weite Gebiete ausgemacht, die von der Kraterisierung besonders schwer betroffen waren. An ähnlich betroffenen Gebieten wurden uns Kien Giang, An Xuyen und Quang Tri genannt. Kein Fleckchen Erde scheint verschont zu werden, Wälder, Sümpfe, Felder und Reispflanzungen inbegriffen. Viele von Kratern besonders schwer zerstörte Gebiete - wie z.B. die sog. Feuerzonen, die für Bombenabwurf freigegebenen Gebiete und die speziellen Angriffszonen - waren vormals bewohnt und bebaut. Solche Landstriche, die Schauplatz schwerer militärischer Einsätze waren, wie z.B. die Kriegszonen C und D, das "eiserne Dreieck", die speziellen Kriegszonen von Rung Sat und U Minh, die demilitarisierte Zone und der Ho-Chi-Minh-Pfad zählen zu den Gebieten, die wiederholtem Flächen- oder Reihenbombardement ausgesetzt waren.

## DIE AUSWIRKUNGEN AUF DIE BEBAUUNG DES LANDES

Wie wirkt sich dieses beispiellose Bombardement auf Vietnam und seine Bevölkerung aus? Um eine vorläufige Einschätzung über die Wirkungen dieser Explosivwaffen geben zu können, reisten Arthur H. Westing und ich im August 1971 nach Vietnam.

Um die Tragweite des Problems einschätzen zu können, ist es notwendig, eine Vorstellung darüber zu bekommen, wieviele Bomben abgeworfen wurden und wie groß das davon betroffene Gebiet ist. Frühere Untersuchungen haben Daten geliefert, nach denen als Folge des massiven Bombardements etwa 7 1/2 Mio Krater entstanden sind. Obwohl wir schätzen, daß die gegenwärtige Zahl an Kratern in Südvietnam sich auf über 10 Mio beläuft, warten wir zur Zeit auf die Angaben aus dem Verteidigungsministerium, um die Richtigkeit dieser Zahl nachweisen zu können.

Die Standardwaffe der B-52 ist eine 500-Pfund-Bombe; jede B-52 hat 108 davon an Bord. Jede Bombe verursacht je nach Bodenbeschaffenheit ein Loch, das 20 bis 50 Fuß breit und 5 bis 20 Fuß tief ist. In der Regel werden die Bomben von den B-52 Flugzeugen aus einer Höhe von über 30 000 Fuß abgeworfen und können beim Aufschlag genügend Wucht haben, um tief in bestimmte Bodenarten einzudringen.

Die während unseres Aufenthaltes untersuchten schwer zerbombten Gebiete schlossen folgende verschiedene Landschaftsarten ein: stark bebaute Flächen des Mekong-Deltas, intensiv bestellte Bergtäler im nördlichen Teil von Vietnam, Mangrovenwälder und immergrüne Hartholzwälder der steil abfallenden Berggegenden im Gebiet um Da Nang und Quang Trai.

Aufgrund der Kriegssituation zur Zeit unseres Besuches war es uns nicht möglich, auch nicht in großer Höhe, die am stärksten zerbombten Gegenden Südvietnams, die im Nordwesten des Landes und entlang der demilitarisierten Zone liegen, zu überfliegen. Darüber hinaus mußten wir zu unserer Enttäuschung feststellen, daß es aus Sicherheitsgründen äußerst schwierig war, zerbombte Gebiete in all den Gegenden, die wir inspizieren wollten, zu Fuß aufzusuchen. Es ist wichtig hervorzuheben, daß es in Südvietnam, besonders im Deltagebiet, Landstriche gibt, die, zumindest aus einer Höhe von 3 000 Fuß, nur wenig Anzeichen von Kriegsschäden erkennen lassen. Weite Gebiete sind jedoch äußerst schwer von den verschiedenen Waffen, die das ökologische Gleichgewicht zerstören, in Mitleidenschaft gezogen worden.

Wie sehen die Folgen dieses massiven Bombardements auf bebaute Gegenden wie z.B. das Mekong-Delta aus? Unsere Beobachtungen, die sowohl in der Regenzeit als auch in der trockenen Periode (bei früheren Besuchen) gemacht wurden, zeigen, daß die von den B-52 Bombern wie auch die von schweren Artilleriegeschossen verursachten Krater ständig mit Wasser gefüllt sind, wahrscheinlich weil die Krater tiefer als der Grundwasserspiegel gehen. In vielen Gegenden füllt Wasser von verschiedener Farbe beieinanderliegende Krater. In einigen Kratern hat das Wasser eine aquamarinblaue Farbe, während es in anderen mehr bläulich bis grünlich gefärbt ist; in vielen ist es einfach schmutzig braun. Diese Unterschiede in der Färbung sind offensichtlich darauf zurückzuführen, daß in den Kratern unterschiedliche Algenarten wachsen. Es ist interessant, daß in angrenzenden Kratern verschiedene Gewächse vorkommen.

Ich hatte die Möglichkeit, drei solcher Krater in einem Ackerbaugebiet etwa 30 Meilen südlich von My Tho im Herzen des Mekong-Deltas zu Fuß zu besichtigen. Die Gegend, die bei dem Dorf Hoi Son lag, war bis vor kurzem Kampfgebiet gewesen, aber mittlerweile wurden die Bauern wieder auf ihrem Land angesiedelt, da höhere Beamte diese Gegend als ziemlich sicher erachteten. Das Ausmaß an Sicherheit zeigte sich bald: Während meines Aufenthaltes dort ließ die US-Luftwaffe nur einige Meilen weiter Raketen und Bomben niedergehen. Ich interviewte einige Familien, die aufgrund der Kampfhandlungen ihr Gebiet vor 11 Jahren verlassen hatten. Sie führten mich zu drei 1967 entstandenen Kratern. Meiner Meinung nach wurden diese von 500-Pfund-Bomben verursacht, die aus Jagdbombern abgeworfen worden waren. Jeder Krater hatte einen Durchmesser von ungefähr 30 Fuß und war voll von Wasser, das zur Zeit meines Besuches in der Mitte etwa 5 Fuß hochstand, wie einer meiner Führer ausprobierte. Er watete in die Mitte des Kraters und konnte stehend gerade noch die Nase über das Wasser halten. In der gesamten unmittelbaren Umgebung hatte Reis gestanden, statt dessen wuchs dort nun ein sehr hohes Riedgras (6 bis 8 Fuß hoch), aus der Gattung der Phragmiten, das bis zu einer Entfernung von 10 bis 20 Fuß den Krater umgab. Direkt vom Rand der Krater bis zu dem Riedgras wuchs eine relativ kurze Grassorte, aus der Gattung der Brachiaria. Eine größere Grasart, genannt Scirpus, war auch weitverbreitet. Das gesamte Gebiet wurde, da es gerade mitten in der Regenzeit war, von einer dünnen Schicht Wasser bedeckt. Die Bauern pflanzten Saatreis in der Nähe der Krater an und unterpflügten Ried und

Gräser, um Reis setzen zu können. Es war offensichtlich, daß sie die Krater nicht zum Reisanbau benutzen konnten, da das Wasser viel zu tief war. Eine Möglichkeit, das Problem zu lösen, besteht darin, daß man von woanders Erde dorthin bringt. Ein Bauer erzählte mir, obwohl ich dies nicht aus eigener Anschauung bestätigen kann, daß die von mir untersuchten Krater eine reiche Fischausbeute böten. Die Fische waren wahrscheinlich durch die Monsunregen-Überflutung in die Krater gekommen, in der Umgebung des mit Reis bebauten Gebietes hatte es vorher Bananen, Kokosnüsse und Jackfruit-Bäume gegeben. Die Jackfruit-Bäume waren durch die Pflanzenvernichtungsgifte eingegangen; die Kokosnussbäume waren durch die Bombardierung zerstört, nur die nackten Stümpfe waren übriggeblieben.

In unseren Gesprächen mit diesen und anderen Bauern, die ihr vom Krieg zerfurchtes Land wieder in Ordnung zu bringen suchten, wurde klar, daß ihr Hauptproblem die in dieser Gegend liegende nicht kreierte Munition war. Die Leute von Hoi Son gaben an, daß innerhalb von ein paar Wochen drei Frauen getötet worden waren und eine schwer verwundet worden war, als Pflüge noch scharfe Munition zur Explosion brachten. Wir erfuhren, daß zwar in einigen neubesiedelten Gebieten Minen entschärft worden waren, doch das Problem, nicht explodierte Geschosse auszumachen und zu entschärfen, bevor das Land wieder besiedelt wird, ist äußerst dringend. Bei verschiedenen Gelegenheiten stießen wir auf Furcht vor noch nicht explodierter Munition, was wahrscheinlich ein Phänomen erklärt, das wir häufig aus der Luft beobachteten: Felder mit Kratern wurden in der Regel nicht bebaut, obwohl ganz in der Nähe Felder vorhanden waren. Ein Bauer, den wir interviewten, erklärte, daß die Leute nur ungern in bombardierten Gebieten pflügen, da die in der Erde liegenden Schrapnelle die Hufe der Büffel aufreißen, was zu Infektionen führt.

#### DIE ZUNAHME VON MALARIA

Wahrscheinlich sind die ständig mit Wasser gefüllten Kratergebiete in der Deltazone hervorragende Brutstätten für bestimmte Mosquitoarten und andere Krankheitsträger (Bazillen). Die Krater, zu denen Moskitolarven fressende Tiere nicht vordringen, bieten daher die Bedingungen für eine stark beschleunigte Fortpflanzung von Moskitos und anderen Krankheitserregern. Nach dem Informationsblatt 6/70, Februar 1970, der MACV-Führung "hat Malaria in Vietnam steigende Sorge ver-

ursacht [...] Bis vor kurzem hat sie (Plasmodium falciparum) nur die Gebiete des I. und II. Korps heimgesucht, sich jetzt aber auch auf andere Gebiete in ganz Südvietsnam ausgedehnt." Wir sprachen mit verschiedenen Wissenschaftlern über den möglichen Zusammenhang zwischen Kraterisierung und dem Ansteigen der Malaria, aber bisher sind, soweit wir feststellen konnten, keine Untersuchungen über dieses Problem gemacht worden.

Ein USAID-Spezialist für öffentliche Gesundheit mit Hauptquartier in Saigon erklärte, daß das zur Zeit alarmierende Anwachsen des Siebentagefiebers (Dengue) bei den Vietnamesen in keinem Zusammenhang mit der Kraterisierung steht, da der Moskitoreger für diese Krankheit, der Aedes aegypti, nur in und in der Nähe von Häusern lebt und somit nicht durch ökologische Veränderungen wie z.B. Kraterisierung betroffen würde. (Uns ist auf diesem Gebiet keine Untersuchung bekannt, die diese Ansicht unterstützen würde). Bei einem Sprüheinsatz zur Moskitobekämpfung flogen wir in einem Flugzeug vom Typ C-123 mit, aus dem Malathion (ein halbes englisches Pfund je Acre) über und rund um einen australischen Militärstützpunkt versprüht wurde. Es gibt zur Zeit nur zwei Flugzeuge, die dieses Programm durchführen, und soweit wir ermitteln konnten, gibt es kein Sprühprogramm, das die Kratergebiete einbezieht.

Wir untersuchten viele Krater in abgechiedenen Bergtälern in der Nähe von Da Nang. Sie befanden sich - jeweils mehrere nahe beieinander liegend - auf den Reisfeldern in den Bergen und waren daher wohl durch Artillerie- oder Jagdbomberangriffe und nicht durch B-52 Flugzeuge entstanden. In diesen Tälern waren die Krater ebenso wie im Mekong-Delta durchweg voll Wasser, trocken aber wahrscheinlich während der Dürreperiode aus und sind daher für Fischzucht ungeeignet. Reisfelder mit Kratern darin wurden nicht bebaut. Während unseres Aufenthaltes überflogen wir viele Reisfelder, in deren Mitte Teiche von etwa gleicher Größe (ca. 10 Fuß im Durchmesser) wie die Krater waren, aber es waren Fischteiche und behinderten offensichtlich nicht den Anbau von Reis um sie herum. Von daher ist es unwahrscheinlich, daß verstreute Krater Veränderungen in der Bodenfeuchtigkeit oder in anderen Bedingungen hervorrufen könnten, die Reisfelder mit Kratern darin unfruchtbar machen könnten.

Aus der Luft untersuchten wir große Mangrovensumpfgelände in der Rung Sat Zone, die

heftigen Angriffen von B-52 Flugzeugen ausgesetzt waren. Diese Krater dort sind alle das ganze Jahr über mit Wasser gefüllt, was offensichtlich Transporte in diese Gegend sehr erschweren würde. Dies könnte von einiger Bedeutung sein, da die Mangrovenwälder normalerweise als Bezugsquelle von Holzkohle und als Fischfanggebiet benutzt wurden.

#### VERSCHIEDENE KRATERGENERATIONEN

Wir untersuchten ganz aus der Nähe eine Reihe von Kratern in dem Waldgebiet von Boi Loi. Dies war einmal ein immergrüner Holzwald im Flachland nordwestlich von Saigon gewesen. Die meisten der ausgewachsenen Bäume waren durch die Entlaubung (Sprühen von Herbiziden) abgestorben, stattdessen wuchs ein sehr dichtes Unterholz, bestehend aus breitblättrigem Gestrüpp wie wilder Wein, Bambus und Imperata-Gras, das eine Höhe von 15 bis 20 Fuß erreicht. Es gab zahlreiche Krater in dieser Gegend - mindestens alle hundert Fuß einen. Jeder Krater hatte einen Durchmesser von 20 bis 30 Fuß und war 5 bis 10 oder sogar mehr Fuß tief. Sie befanden sich alle in einem grauen Bleicherde-Boden (ein unfruchtbarer Boden, der sich häufig in kühlen, feuchten Klimata bildet) mit nur schwach ausgebildeten Schichten. Es gab viele Kratergenerationen. Bei den neuesten fehlte jegliche Vegetation, sie enthielten auf dem Grund etwas Regenwasser. In den älteren sprossen in der Mitte einige Grasschößlinge, wahrscheinlich Imperata. (Ebenso stellten wir bei einigen der wassergefüllten Krater im Mekong-Delta beginnenden Pflanzenwuchs in der Mitte fest.) Wenn die Krater älter werden, breitet sich das Gras sternförmig aus, wobei es den Boden bedeckt, wächst schließlich über den Rand der Krater hinaus und trifft auf den wilden Wein, der von der Peripherie-Vegetation auf die Krater herunter wächst. Einige der alten Krater sind mit etwas Erde, die von ihren Seiten heruntergewaschen wurde, gefüllt, aber dies gibt es nur in begrenztem Maße, da alle vollkommen mit Gras bedeckte Krater immer noch 5 bis 10 Fuß tief waren. Breitblättrige Pflanzen, die sich auch auf diese Krater ausdehnten, konnten wir nicht ausmachen.

#### AUSWIRKUNGEN AUF DIE FORSTWIRTSCHAFT

Es war uns möglich, etwas über die Auswirkungen von Flächenbombardement und Artilleriefeuer auf die Nutzholzressourcen des Waldes zu erfahren. Dies geschah durch Interviews mit Baumfällern und Sägewerksleitern und durch Untersuchung von beschädigten gefällten Baumstämmen, hauptsächlich in den Gebieten von Ben Cat und Chon Thanh. Darüber

hinaus interviewten wir südvietnamesische Forstwirtschaftsbeamte über die Probleme der Nutzbarmachung von durch Bomben zerstörten Waldgebieten. Diese Beamten wiesen darauf hin, daß die Holzfäller ungern in bombardiertem Nutzholzwald arbeiten, da in den Bäumen Metallteile stecken, die den Wert der gefällten Bäume stark mindern. (Ein Holzfäller schätzte, daß der Preis für gefällte Bäume mit Metallteilen darin sich um 30% verringert.) Den Grund für die Wertminderung konnten wir verstehen, als wir in großen Mengen Sägen mit herausgerissenen Zacken untersuchten und ausrangierte gefällte Baumstämme prüften, aus denen wir Metallteile herausholten. In einigen gefällten Baumstämmen gab es abgestorbene Bereiche mit einem Durchmesser von 12 Inch und einer Länge von 6 Inch, aus denen wir Bombenfragmente herausholten. Wir erfuhren, daß, wenn reifes Nutzholz von Metallen wie z.B. Stahlstückchen oder Kugeln durchbohrt wird, eine Eingangsstelle für Krankheitsorganismen, wahrscheinlich Pilze, geschaffen ist, was zum Absterben von Zonen führt, die größer werden, je älter die Wunde wird. Daher sind die Bäume in Vietnam, ganz im Gegensatz zu denen in gemäßigten Zonen, anfällig für Verfaulung, wenn sie von Metall durchbohrt werden. Dies führt zur Wertverringerng von Nutzholz und schwächt außerdem die Bäume, so daß sie viel eher vom Sturm entwurzelt werden können. Ein Beamter einer französischen Gummiplantage erzählte uns, daß sie auf seiner Plantage viele Gummibäume verloren hätten, da die Bäume durch Pilzinfektion nach Beschädigung durch Bomben geschwächt und dann bei einem der häufigen heftigen Stürme, die in dieser Gegend üblich sind, umgeblasen worden waren. Die von uns interviewten Holzfäller berichteten, daß die Krater in den Wäldern die Durchfahrt für Lastwagen und Lader sehr erschwerten, eine Situation, die es erforderlich machte, daß die Bäume, in viel kürzere Stücke geschnitten wurden, als in solchen Gegenden angestrebt wird. (Wir sahen 90 Fuß lange Baumstämme, die aus unversehrten Wäldern kamen.)

Von einem hochfliegenden Helikopter konnten wir die Krater beobachten, die in einem Bergwald nahe Da Nang durch einen B-52 Überfall vor ungefähr eineinhalb Jahren verursacht worden waren. Die Krater waren auf der Bergseite und entlang den Bergkämmen immer noch deutlich zu sehen. Die weithin verbrannten Gebiete in diesen Wäldern erschienen noch bezeichnender; sie resultierten offensichtlich von Bränden, die durch verschiedene Arten von Sprengwaffen wie weißer Phosphor, Napalm und Leuchtbomben entstanden waren.

## SCHLUSSFOLGERUNGEN

Wir kommen zu dem vorläufigen Schluß, daß es sehr schwierig, wenn nicht unmöglich sein wird, jene Anbaugelände, die von konventionellen hochexplosiven Geschossen schwer getroffen wurden, erneut zu bebauen. Vielleicht können die Krater als Fischzuchtteiche benutzt werden oder unter bestimmten Bedingungen als Frischwasserquellen zur Bewässerung. Sie stellen möglicherweise zusätzliche Brutgebiete für Insekten dar, die Krankheiten übertragen. In den bewaldeten Gebieten, die nicht durch chemische Entlaubung vollkommen zerstört worden sind, hat die Bombardierung Probleme verursacht, die wahrscheinlich ebenso groß sind wie die durch Entlaubung hervorgerufenen. Das unmittelbare Problem von größter Wichtigkeit jedoch ist die gewaltige Anzahl von nicht explodierten Minen, Bomben, Raketen usw., die entfernt werden müssen, wenn das Land neubesiedelt werden soll. Da das Verteidigungsministerium berichtet, daß etwa 1 bis 2 Prozent der Luft- und Bodensprengkörper nicht explodierten, sind über ganz Indochina mehrere hunderttausend dieser Geschosse verstreut.

### Anmerkung:

- 1) 1 engl. Pfund = 453 g;  
weitere Maße im folgenden:  
1 Fuß = 30 cm  
1 Acre = ca. 0,4 ha  
1 Inch = 2,5 cm

(Quelle: Internationale Kommission zur Untersuchung von US-Verbrechen in Indochina, Stockholm, 2.-4. Juni 1972)

## **Jutta von Freyberg :**

### **FNL : Politik der nationalen Einheit**

Das Genfer Abkommen von 1954 besiegelte die Niederlage des französischen Imperialismus in Vietnam, die ihm das in der "Vietminh"<sup>1)</sup> geeinte vietnamesische Volk in seinem Kampf um nationale Unabhängigkeit und Befreiung vom Feudalsystem beigebracht hatte. Dieser Sieg des vietnamesischen Volkes über einen militärisch, technisch und ökonomisch weit überlegenen Feind, der zudem große materielle Unterstützung von der damali-

gen US-Regierung erhielt, war in einem wirtschaftlich unterentwickelten Agrarland mit mehr als 80 % Landbevölkerung errungen worden; dieser Sieg war möglich geworden, weil es der Kommunistischen Partei Indochinas (IKP) gelang - wie es Le Duan<sup>2)</sup> formuliert -

"große Massen der Bauernschaft zu veranlassen, der Führung der Arbeiterklasse zu folgen, andere Volksschichten zu mobilisieren und sie zusammen mit den Arbeitern und Bauern in die Kampffront der antiimperialistischen und antifeudalen Revolution einzureihen. Im Verlauf des revolutionären Prozesses haben wir - auf der Grundlage einer Analyse der konkreten Klassenbeziehungen und der Möglichkeit, die Reihen unserer imperialistischen und feudalistischen Feinde zu zersplittern, - diese strategischen Aufgaben in konkrete Zielsetzungen umgesetzt, die darauf zugeschnitten waren, in jeder Periode das Feuer der Revolution auf den jeweils gefährlichsten Feind zu konzentrieren. Gleichwohl haben in allen Perioden die konkreten Ziele und politischen Aufgaben, die von der Partei festgelegt wurden, im Kern sowohl einen nationalen als auch einen demokratischen Inhalt gehabt und waren eng verknüpft mit beiden Aufgaben, der antiimperialistischen und der antifeudalen." 3)

Es war der US-Imperialismus, der es dem vietnamesischen Volk im Süden des Landes verwehrte, die Früchte seines Sieges im antiimperialistischen und antifeudalen Kampf zu ernten, als er unmittelbar nach Abschluß der Genfer Abkommen damit begann, Südvietnam in einen Stützpunkt seiner neokolonialen Interessen im südostasiatischen Raum zu verwandeln.<sup>4)</sup> Zu diesem Zwecke bediente er sich der von ihm ausgehaltenen Diem-Regierung, die das Werkzeug für die Liquidierung der Errungenschaften der national-demokratischen Revolution vor allem auf dem Land (Agrarrevolution) war. Die im folgenden kurz skizzierten Terrormaßnahmen des Diem-Regimes entsprachen nicht nur dem Interesse der US-Regierung, Südvietnam zu einer sicheren Militärbasis zu machen, und den Erfordernissen einer faschistischen Diktatur, deren soziale Basis verschwindend gering war, sie geben auch Antwort auf die Frage, unter welchen konkreten historischen Bedingungen es gelang, mit der Gründung der Südvietnamesischen Nationalen Befreiungsfront (FNL) 1960 ein breites, nahezu alle Klassen und Schichten der Bevölkerung umfassendes Bündnis zu schaffen.

1954 - 1956 : Gegen Massendemonstrationen für Frieden und Wiedervereinigung, gegen Streiks für Verbesserung der Lebensbedingungen geht Diem mit brutalem Polizeiterror vor; er beginnt eine systematische "Hexenjagd" gegen die Vietminh-Kämpfer<sup>5)</sup>; die militanten, bewaffneten religiösen Sekten Cao Dai und Hoa-Hao werden aus Saigon und Umgebung vertrieben.

1956 - 1959 : Gegen den "Feldzug zur Denunzierung der Kommunisten" wird in den Städten der politische Kampf fortgesetzt (Streiks, Massendemonstrationen, Verteilung von Flugblättern). Mit Polizeirazzien auf dem Lande unternimmt es das Diem-Regime, die Agrarreform rückgängig zu machen. Die nationalen Minderheiten der Hochebenen werden im Interesse der strategischen Pläne des US-Imperialismus in Südostasien aus ihren Heimatgebieten vertrieben und "konzentriert". Der Widerstand der Bauern und der Minoritäten ("Bewegung für die nationale Autonomie") sowie der städtischen Bevölkerung beschränkt sich auf den politischen Massenkampf.

1959 - 1960 : Die Polizeirazzien nehmen zu, große Teile der ländlichen Bevölkerung werden in "Agrostädten" zusammengetrieben - der blutige Terror Diems wird zu einem "wahren Krieg" gegen das Volk. Nun erst wird der bewaffnete Kampf - zunächst lokal und isoliert - aufgenommen.

Zur gleichen Zeit begannen US-amerikanische Firmen, durch ihre Niederlassungen in Saigon den südvietnamesischen Markt zu beherrschen, die Konsumgüterindustrie (wegen der stark kolonialen Züge der vietnamesischen Wirtschaft der einzige Industriezweig von Bedeutung) und das einheimische Handwerk nieder zu konkurrieren, ein stets wachsendes Heer von Arbeitslosen zu schaffen und schließlich die südvietnamesische Wirtschaft in völlige Abhängigkeit von den USA zu bringen.<sup>6)</sup>

Die Gründung der FNL am 20.12.1960 war in mehrerer Hinsicht eine Antwort auf diese politischen und sozialökonomischen Prozesse: Sie faßte 23 meist illegale Parteien, Massenorganisationen, Verbände und religiöse Sekten zusammen, darunter die Revolutionäre Volkspartei, die Demokratische Partei, die Radikal-Sozialistische Partei, der Gewerkschaftsbund, der Bauernverband, die Organisationen der Jugend, der Frauen, der Schüler und Studenten, der Intellektuellen etc. Mit ihrem Programm schuf sie die Plattform dieser breiten Volksfront für den gemeinsamen Kampf gegen den US-Imperialismus und seine einheimischen Handlanger: Nach dem Sturz des Kolonialregimes der US-Imperialisten soll eine breite, fortschrittliche Demokratie geschaffen werden, in der die Grundrechte der Menschen garantiert sind; im Interesse des Aufbaus einer unabhängigen, souveränen Volkswirtschaft, die die Lebens- und Arbeitsbedingungen des Volkes zu verbessern in der Lage ist, wird auch die Entwicklung der privaten Industrie und des privaten Handels gefördert werden. Die Ent-

eignung des Großgrundbesitzes betrifft nur die US-Imperialisten. Die Agrarreform beinhaltet die Senkung des Pachtzinses, Auflösung der "Agrostädte", Verteilung von Land an landlose und landarme Bauern durch den Staat. Eine nationale und demokratische Erziehung und Kultur werden geschaffen; der Diskriminierung der Frau und der nationalen Minderheiten wird auf allen Gebieten - im politischen, ökonomischen, kulturellen und sozialen Bereich - ein Ende gesetzt.

Der Kampf des vietnamesischen Volkes für "Souveränität, Unabhängigkeit, Einheit und territoriale Integrität Vietnams" auf der Basis des 10-Punkte Programms der FNL von 1960 führte schnell zu einem gewaltigen Aufschwung des revolutionären Kampfes an der politischen, ökonomischen und militärischen Front. Die befreiten Gebiete nahmen an Umfang zu - 1967 erstreckten sie sich auf vier Fünftel des südvietnamesischen Territoriums, in dem zwei Drittel der Bevölkerung lebten. Dort begannen die örtlichen Volkskomitees mit dem Aufbau einer demokratischen Selbstverwaltung, an der die verschiedenen Klassen und Schichten der Bevölkerung beteiligt sind, führten eine Bodenreform durch, die den werktätigen Bauern eigenes Land gab, begannen mit der Organisierung von Gruppen der gegenseitigen Hilfe und den ersten landwirtschaftlichen Produktionsgenossenschaften niederen Typs. Handwerk und Industrie wurden in die Lage versetzt, zunehmend die Bevölkerung und die kämpfenden Truppen vor allem mit Textilien, Waffen und Munition zu versorgen. Die Verwirklichung des FNL-Programms in einem Teil des Landes war wesentliche Voraussetzung dafür, daß die Bevölkerung Südvietnams den "Spezialkrieg" und den "lokalen Krieg" der US-Aggressoren zum Scheitern bringen konnte. Auf diese Weise konnte die FNL, wie sie in ihrem politischen Programm von 1967 schreibt,

"ihre Basis in den breiten Volksmassen festigen. Gleichzeitig schmiedete sie die Aktionseinheit mit zahlreichen politischen und religiösen Kräften und gewann eine große Anzahl von Unternehmern und Geschäftsleuten, Beamten und Funktionären der Marionettenverwaltung sowie Offiziere und Soldaten der Marionettenarmee."

Diese Verbreiterung der Basis findet ihren programmatischen Niederschlag in solchen Punkten, in denen der "Schutz des Rechts der Bürger auf Eigentum an Produktionsmitteln" und die "Verwirklichung des freien Unternehmertums, sofern es dem nationalen Aufbau und dem Wohl des Volkes dient" garantiert werden; aber auch in den ausführlichen Passagen über die Behandlung der "Offiziere, Soldaten und Beamten des Marionettenregimes, die zur gerechten Sache zurückfinden".

## Le Duan:

"Prinzipiell darf kein Revolutionär weder in der täglichen Politik noch in der Praxis des revolutionären Kampfes, ganz gleich auf welche Weise und unter welchen Umständen, das Endziel aus den Augen verlieren. Dem Kampf um kleine Tageserfolge und Nahziele für "alles" zu halten, während das Endziel "nichts" gilt, "die Zukunft der Bewegung der Gegenwart zu opfern", zeitigt die schlimmste Art von Opportunismus, die nur zum Ergebnis haben kann, daß die Volksmassen in ewiger Knechtschaft gehalten werden.

Es genügt jedoch keinesfalls, nur nach dem Endziel zu trachten. Auf der Grundlage des vollständigen Erstrebens des revolutionären Ziels liegt die Kunst der revolutionären Führung darin zu wissen, wie man Schritt für Schritt auf klügste Weise gewinnt. Die Revolution ist das Werk von Millionen von Menschen, von Volksmassen, die sich erheben, um die herrschenden Klassen zu stürzen, Klassen, die über eine gigantische Maschinerie der Gewalt verfügen, verbunden mit weiteren materiellen und geistigen Mitteln. Aus diesem Grunde ist die Revolution ein langdauernder Prozeß. Von den ersten Schritten bis zum schließlichen Ende muß die Revolution notwendigerweise durch viele Etappen des Kampfes gehen, die mit vielen Schwierigkeiten und komplizierten Problemen beladen, mit Wendungen und Richtungsänderungen gefüllt sind, die darauf abzielen, ein Hindernis nach dem anderen beiseite zu räumen, nach und nach das Kräfteverhältnis zwischen Revolution und Konterrevolution zu verändern und die überwältigende Überlegenheit gegenüber den herrschenden Klassen zu erringen. Den Feind zurückschlagen, Schritt für Schritt der Revolution zum Erfolg verhelfen, zur vollständigen Vernichtung des Feindes und zum vollständigen Sieg der Revolution voranschreiten - das ist ein Gesetz des revolutionären Kampfes. [...]

Die Kunst, sowohl strategische als auch taktische Anleitung für die Revolution zu geben und ebensogut einen Kampf zu führen, zeigt sich in erster Linie in der Aufstellung prägnanter und relevanter Losungen, die mit der Situation Schritt halten.

Man sollte nicht die zu sehr vereinfachende Ansicht teilen, daß ökonomische Losungen reformistisch, nur politische dagegen revolutionär seien. Es kann politische Losungen mit reformistischem Charakter geben und ökonomische, die einen revolutionären Inhalt besitzen. Die Frage lautet: Wann wird eine gegebene Losung vorgebracht? Womit ist sie verbunden? Und welches Ziel verfolgt sie? Eine wahrhaft revolutionäre politische Partei, eine, die beständig dem Endziel der Revolution treu bleibt, ist fähig, auf diese oder jene Weise das Kennzeichen der Revolution allen Losungen und allen Formen der Organisation und des Kampfes einzuprägen, einschließlich jener mit dem schwächsten politischen Anstrich, die als notwendig betrachtet werden für das Ziel, die Massen zusammenzubringen, während die Situation für energische revolutionäre Aktionen noch nicht günstig ist." 7)

Die wachsende Stärke und zunehmende Stabilität der FNL und ihrer Volksbefreiungstreitkräfte dokumentiert sich nicht allein in den militärischen Erfolgen, die seit der Tet-Offensive des Jahres 1968 trotz einer ungezügelter Politik der Täuschung der Presse seitens der US-Regierung nicht mehr zu ver-

heimlichen sind, nicht allein in der Gründung der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam im Juni 1969 und ihrem 7-Punkte-Friedensplan vom Juli 1971, in welchem sie sich bereit erklärt, mit einer solchen Übergangsregierung zu verhandeln, in der der gegenwärtige Ministerpräsident Thieu und seine Gruppe nicht vertreten sind, ansonsten aber alle "politischen, sozialen und religiösen Kräfte in Südvietnam, die im Wunsch nach Frieden und nationaler Eintracht übereinstimmen".

Die Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker vom April 1970<sup>8)</sup> konstituierte eine antiimperialistische politische Einheitsfront der Völker Indochinas und hob damit die Solidarität der indochinesischen Befreiungsbewegungen und des sozialistischen Nordvietnams auf eine neue Stufe. Die hier getroffenen Vereinbarungen zwischen der FNL, der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK), der Patriotischen Front von Laos und der Regierung der DRV leiteten eine immer engere Zusammenarbeit und Solidarität der Völker Indochinas im Kampf gegen den gemeinsamen Feind, den US-Imperialismus ein:

"Von dem Prinzip ausgehend, daß die Befreiung und die Verteidigung eines jeden Landes die Angelegenheit seines Volkes ist, verpflichten sich die verschiedenen Parteien, alles zu tun, was sie können, um sich gegenseitige Hilfe, gemäß dem Wunsch der betreffenden Partei und auf der Grundlage gegenseitiger Respektierung zu leisten. Die Parteien bekräftigen ihre Entschlossenheit, die brüderliche Freundschaft und die guten nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Ländern zu bewahren und zu entwickeln zum Zwecke der gegenseitigen Hilfe im Kampf gegen den gemeinsamen Feind und der dauerhaften zukünftigen Zusammenarbeit beim Aufbau eines jeden Landes nach seinen Vorstellungen."

Die indochinesischen Völker stellten ihren Kampf gegen den US-Imperialismus zunehmend in den Gesamtzusammenhang der globalen Auseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus, bestimmten ihren Kampf als Teil des weltweiten "Kampfes der Völker für Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt". Die Analyse des internationalen Kräfteverhältnisses und der Klassenbeziehungen in den Ländern des staatsmonopolistischen Kapitalismus gingen - wie folgendes Zitat von Le Duan zeigt - in solche Einschätzungen ein:

"In den imperialistischen Ländern haben sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt, mit der schnellen Verwandlung des Kapitalismus zum staatsmonopolistischen Kapitalismus und mit der Verstärkung der Ausbeutung und der Unterdrückung der Arbeiterklasse und des arbeitenden Volkes, die sozialen Widersprüche äußerst verschärft. Diese Umstände erlauben es der Arbeiterklasse, ihre Aktionseinheit zu verstärken und, auf dieser Grundlage, die arbeitenden Massen und andere demokratische Schichten der Bevölkerung in eine Front ge-

gen die staatsmonopolistischen Kapitalisten, gegen die amerikanische Vorherrschaft, für die Eroberung der Demokratie und des sozialen Fortschritts, für die Verteidigung des Friedens und die nationale Souveränität zu einigen." 9)

#### Le Duan:

"Die gegenwärtige internationale Situation unterscheidet sich radikal von der vor und nach dem 1. Weltkrieg. Jetzt, wo das sozialistische Weltsystem und die Kräfte, die mit dem Ziel der Umformung der Gesellschaft auf sozialistische Weise gegen den Imperialismus kämpfen, den wesentlichen Inhalt, die Orientierung und die charakteristischen Merkmale der historischen Entwicklung der menschlichen Gesellschaft bestimmen, hat sich die Möglichkeit des Herausbrechens der schwachen Glieder aus dem verbliebenen Teil der imperialistischen Kette in beispiellosem Maße erhöht, und zwar zur selben Zeit, da die Verhütung eines Weltkrieges praktisch durchführbar erscheint. Das grundlegende Interesse des Proletariats, des Volkes und der Nationen der Welt liegt in der Erhaltung des Weltfriedens bei gleichzeitigem Vorantreiben der Revolution in verschiedenen Ländern. Diese zwei Ziele sind organisch miteinander verbunden, jedes ist die Voraussetzung des anderen, und beide sind vollständig erreichbar, sobald die Kommunisten in gründlicher Erkenntnis der strategischen Offensivstellung der Weltrevolution es fertigbringen, eine Einheitsfront aufzubauen, die alle Ströme der Weltrevolution zusammenführt, alle Kräfte, die für Frieden, nationale Unabhängigkeit, Demokratie und Sozialismus kämpfen, und entschlossen sind, alle von den Imperialisten ausgelösten Angriffskriege zum Scheitern zu bringen, jede ihrer kriegerischen Unternehmungen und Pläne zu durchkreuzen, den Imperialismus Schritt für Schritt zurückzutreiben, ihn Stück für Stück niederzuschlagen und ihn schließlich in seiner Gesamtheit zu überwinden.

Südvietnam gibt dafür ein treffendes Beispiel.

Die südvietnamesische Revolution beweist, daß unter Ausbleiben eines Weltkrieges bei gleichzeitiger Sicherung des Weltfriedens die Revolution nichtsdestoweniger ausbrechen und von Erfolg gekrönt sein kann. Weit davon entfernt, mit der Verteidigung des Friedens unvereinbar zu sein, hat sich die Intensivierung der antiimperialistischen Revolution in der Praxis als eine sehr wesentliche Methode erwiesen, den Imperialismus mit dem Ziel einer wahrhaft wirksamen Verteidigung des Weltfriedens anzugreifen. Umgekehrt gesagt, einen Weltkrieg zu verhüten und den Frieden zu erhalten, ist ebenfalls eine sehr wichtige Methode, den Imperialismus anzugreifen und günstigere objektive Bedingungen für die Revolution zum Fortschritt in allen Ländern zu schaffen.

Die südvietnamesische Revolution beweist, daß ein faschistisches Regime den Ausbruch einer Revolution nicht aufhalten kann; es ist gerade der Rückgriff auf faschistische Methoden, der dessen politische Schwäche verrät." 10)

Im Verlauf der diesjährigen Frühjahrsoffensive wurde dem US-Imperialismus nicht nur in Südvietnam, sondern auch in Kambodscha (dort besonders im Nordosten) und in Laos (besonders im Süden) schwere Verluste zugefügt. Das Scheitern der Politik der "Vietna-

misierung" mußte der US-Regierung besonders schmerzlich bewußt werden, als im Mekong-Delta, das als sicherste Bastion galt, "sich die revolutionäre Flutwelle unerwartet und plötzlich über die Marionettentruppen" ergoß.<sup>11)</sup> Die militärische Offensive der regulären Volksbefreiungstreitkräfte und der örtlichen Befreiungskräfte und Partisanen, kombiniert mit den politischen Aufständen in den Städten und Dörfern Südvietnams, hat in großen Teilen des Landes den Zwangs- und Unterdrückungsapparat der Saigoner Verwaltung ins Wanken gebracht, wenn nicht zerschlagen. Das Programm der "Befriedung" - ein wesentlicher Bestandteil der "Vietnamisierung" - konnte deshalb gestoppt und die befreiten Gebiete ausgedehnt werden, weil es der Provisorischen Revolutionären Regierung gelang, in der Tradition der FNL "alle Schichten der Bevölkerung in den zeitweilig noch vom Feind besetzten Städten in einer breiten Kampffront zu vereinen, die sich unter der Lösung: 'Abzug der US-Truppen aus Südvietnam, sofortige Beendigung der US-Aggression und Rücktritt Nguyen Van Thieus' zu immer machtvolleren politischen Kampfkationen erhebt."

Noch ist das Ziel nicht erreicht, um das die Bevölkerung Südvietnams seit nahezu 20 Jahren an "militärischer, politischer und diplomatischer Front" unter der Führung der FNL, später der Provisorischen Revolutionären Regierung, kämpft: der Aufbau eines "friedlichen, demokratischen, unabhängigen, neutralen und blühenden Südvietnam", das den Weg zur friedlichen Wiedervereinigung beschreiten wird.

An ihrem dritten Jahrestag erklärte die Provisorische Revolutionäre Regierung, daß sie alles in ihren Kräften stehende getan habe, um diesen Weg zu ebnen, und daß sie fest entschlossen sei,

"unter Mitarbeit der gesamten Bevölkerung Südvietnams, der Landsleute des Nordens, der Völker der sozialistischen Länder und der friedliebenden Völker der Welt, einschließlich der fortschrittlichen Bevölkerung der USA, diese ihre heilige nationale und internationalistische Pflicht weiterhin würdig zu erfüllen." 12)

Die fortschrittlichen Kräfte in der BRD werden den von ihnen geforderten Beitrag nur leisten können, wenn sie sich auf die Prinzipien der internationalen Solidarität, wie sie z.B. von der "Pariser Weltversammlung für Frieden und Unabhängigkeit der Völker Indochinas" im Februar 1972 eindeutig formuliert wurden, einigen:

"Die Einheit der internationalen Aktion ist eine der Kräfte, die den Sieg des Friedens möglich machen kann."<sup>13)</sup>

#### Anmerkungen:

- 1) Vgl. S. (Boris, Haustein)
- 2) Le Duan - Parteitheoretiker der Partei der Werktätigen Vietnams
- 3) Le Duan, Die vietnamesische Revolution: Grundprobleme und Hauptaufgaben (Auszüge), in: Marxismus Digest, Nr.4, 1971, S.93
- 4) Vgl. Boris, Haustein
- 5) Diese politischen Repressalien waren eine direkte Verletzung der Genfer Verträge (Art.9 der Schlußerklärung)
- 6) Allein 1960 stellten 375 Betriebe der nationalen Bourgeoisie und 409 Handwerksbetriebe die Produktion ein. Im gleichen Jahr waren z.B. nur 50% der arbeitsfähigen Bevölkerung vollbeschäftigt. Vgl. auch: D.Weidemann, R.Wünsche, Vietnam 1945-1970, Berlin 1971, hier: S.139-143.
- 7) Le Duan, Die vietnamesische Revolution ... a.a.O., S.99f und S.102
- 8) Vgl. AIB 1/70
- 9) Le Duan, La révolution vietnamienne. Problemes fondamentaux, taches essentielles. Hanoi 1970, S.198 f., nach einer Übersetzung von G.Giesenfeld.
- 10) Le Duan, Die vietnamesische Revolution ... a.a.O., S.104
- 11) Bulletin der Botschaft der Republik Süd-vietnam in der DDR, Nr.6, Juni 1972
- 12) Ebd.
- 13) AIB 3/72

## Gemeinsame Erklärung der Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker

Die Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker fand am 24./25. April 1970 an einem Ort im Grenzgebiet von Laos - Vietnam - China auf Initiative von Samdech Norodom Sihanouk, dem Staatsoberhaupt von Kambodscha und Präsidenten der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK), statt. Die drei Völker von Indochina waren durch vier Delegationen repräsentiert:

Das kambodschanische Volk durch Samdech Norodom Sihanouk, Staatsoberhaupt von Kambodscha und Präsident der Nationalen Einheitsfront von Kambodscha (FUNK);

das laotische Volk durch Prinz Souphanouvong, Präsident der Patriotischen Front von Laos;

die Bevölkerung der Republik Südvietnam durch Nguyen Huu Tho, Präsident des Präsidiums des Zentralkomitees der Südvietnamesischen Nationalen Befreiungsfront und Präsident des Beratenden Gremiums der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam;

die Bevölkerung der Demokratischen Republik Vietnam durch den Ministerpräsidenten der DRV, Pham Van Dong. (d. Red.)

Die Konferenz hat Meinungen ausgetauscht und Einmütigkeit im Hinblick auf die gegenwärtige Situation in Indochina und den Kampf der drei indochinesischen Völker gegen den gemeinsamen Feind, den US-imperialistischen Aggressor und seine Handlanger, erzielt. [...]

Die Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker ruft die drei Völker dringend auf, ihre Solidarität zu verstärken, einen heldenmütigen und beharrlichen Kampf aufzunehmen, alle Mühen zu überwinden und alle Opfer auf sich zu nehmen in der festen Entschlossenheit, die US-Imperialisten und ihre Handlanger zu schlagen, die grundlegenden Prinzipien der Genfer Abkommen von 1954 und 1962 zu verteidigen sowie Indochina zu einem wirklich unabhängigen und friedliebenden Gebiet zu machen - in Übereinstimmung mit den Wünschen der drei Völker und im Interesse des Friedens in Südostasien und in der Welt.

Von seiten Kambodschas, Laos und Südviets wird bekräftigt, daß die Ziele ihres Kampfes sind: Unabhängigkeit, Frieden, Neutralität, das Verbot der Anwesenheit jeglicher fremder Truppen oder Militärstützpunkte auf ihrem Boden, Nichtbeteiligung an irgendwelchen Militärbündnissen, Verbot der Benutzung ihres Territoriums durch irgendein fremdes Land für Zwecke der Aggression gegen andere Länder. Es sind dies die tiefen Wünsche der Bevölkerung von Kambodscha, Laos und Südvietnam, in Übereinstimmung mit den grundlegenden Prinzipien der Genfer Abkommen von 1954 und 1962 und mit der allgemeinen Lage in diesem Teil der Welt. Die Bevölkerung der Demokratischen Republik Vietnam respektiert diese legitimen Wünsche vollständig und unterstützt den Kampf für diese erhabenen Ziele uneingeschränkt.

Die Konferenz zeigt besonderes Interesse für die gegenwärtige Situation in Kambodscha. Sie drückt ihre entschlossene Unterstützung für den heldenhaften Kampf des Khmer-Volkes aus, welches als Antwort auf den Aufruf des Staatsoberhauptes, Samdech Norodom Sihanouk, sich überall im Land erhoben und einen unbezwingbaren Kampf begonnen hat - mit der Waffe in der Hand und auf andere Weise - in der festen Entschlossenheit, die Lon Nol - Sirik Matak - Staatsstreich-Clique zu beseitigen und die Aggressionspläne der US-Imperialisten zunichte zu machen. Die Konferenz spricht die volle Unterstützung für die Fünf-Punkte-Erklärung des Staatsoberhauptes, Samdech Norodom Sihanouk, vom 23. März 1970 aus. Sie verurteilt heftig die umfangreichen Massaker an

hilflosen Zivilisten, an Kambodschanern, an vietnamesischen und chinesischen Einwohnern durch die faschistische und rassistische Lon Nol - Sirik Matak - Clique, die zum Ziel hatten, die US-imperialistische Intervention und Aggression zu verschleiern. Sie verurteilt heftig alle Versuche der Vereinigten Staaten, ihrer Handlanger oder anderer asiatischer Reaktionäre, den Namen der UNO, oder anderer Organisationen oder internationaler oder asiatischer Konferenzen dafür zu mißbrauchen, die illegale Macht der Lon Nol - Sirik Matak - Reaktionäre zu legitimieren und sich in Kambodscha einzumischen. Sie ist fest davon überzeugt, daß der Kampf des Khmer-Volkes für ein unabhängiges, friedliebendes und neutrales Kambodscha von einem glorreichen Sieg gekrönt sein wird.

Die Konferenz spricht ihre entschlossene Unterstützung für den tapferen Kampf des laotischen Volkes aus, für einen Kampf unter der Führung der Patriotischen Front von Laos gegen die US-Imperialisten und ihre Lakaien. Sie bekräftigt ihre volle Unterstützung für die Fünf-Punkte-Erklärung des Zentralkomitees der Patriotischen Front von Laos vom 6. März 1970. Die US-Imperialisten müssen ihren Aggressionskrieg beenden, alle Bombardierungen des laotischen Territoriums einstellen, von Laos alle US- und thailändischen Satellitentruppen abziehen und dem laotischen Volk gestatten, die Angelegenheiten von Laos selbst zu regeln.

Die Konferenz spricht ihre entschiedene Unterstützung für den beharrlichen und heldenhaften Kampf des vietnamesischen Volkes gegen die US-imperialistischen Aggressoren und ihre Lakaien aus und bekräftigt ihre volle Unterstützung für die 10-Punkte-Globallösung der Nationalen Befreiungsfront und der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam. Die US-Imperialisten müssen aus Südvietnam schnell, vollständig und bedingungslos die Truppen der USA und die anderer fremder Länder aus dem Lager der USA abziehen und das vietnamesische Volk seine eigenen Angelegenheiten ohne fremde Einmischung selbst regeln lassen.

Angesichts der trügerischen Absichten der Vereinigten Staaten, die "Nixon Doktrin" durchzuführen, Asiaten gegen Asiaten kämpfen zu lassen, Zwietracht zu säen und chauvinistischen Haß zwischen den drei Völkern von Kambodscha, Laos und Vietnam zu schaffen, ruft die Konferenz alle drei Völker auf, ihre Wachsamkeit zu erhöhen, ihre Solidarität zu stärken, den Kampf gegen den gemeinsamen Feind - den amerikanischen Imperialismus und

seine Lakaien in den drei Ländern - bis zum vollständigen Sieg fortzuführen.

Von dem Prinzip ausgehend, daß die Befreiung und die Verteidigung eines jenen Landes die Angelegenheit seines Volkes ist, verpflichten sich die verschiedenen Parteien, alles zu tun, was sie können, um sich gegenseitige Hilfe, gemäß dem Wunsch der betroffenen Partei und auf der Grundlage gegenseitiger Respektierung zu leisten.

Die Parteien bekräftigen ihre Entschlossenheit, die brüderliche Freundschaft und die guten, nachbarschaftlichen Beziehungen zwischen den drei Ländern zu bewahren und zu entwickeln zum Zwecke der gegenseitigen Hilfe im Kampf gegen den gemeinsamen Feind und der dauerhaften zukünftigen Zusammenarbeit beim Aufbau eines jeden Landes nach seinen Vorstellungen. Was die Beziehungen zwischen den drei Ländern betrifft, so sind die Parteien entschlossen, sich an die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz zu halten, an: gegenseitige Respektierung der Souveränität und territorialen Integrität, Nichtangriff, gegenseitige Respektierung des politischen Regimes jedes Landes und Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten der anderen, Gleichheit und gegenseitigen Nutzen, friedliche Koexistenz. Die Parteien respektieren die grundlegenden Prinzipien der Genfer Indochina-Abkommen von 1954, anerkennen die territoriale Integrität Kambodschas in seinen bestehenden Grenzen und verpflichten sich, diese zu respektieren, und respektieren die Genfer Laos-Abkommen von 1962. Die Parteien bekräftigen, daß alle Probleme, die aus den Beziehungen zwischen den drei Ländern entstehen, durch Verhandlungen im Geiste gegenseitiger Respektierung, gegenseitigen Verstehens und gegenseitiger Hilfe gelöst werden können.

Die Parteien stimmen überein, daß - wenn notwendig - zwischen den höchsten Führern oder zwischen kompetenten Repräsentanten zum Austausch von Meinungen über gemeinsam interessierende Probleme Treffen stattfinden werden.

Die Gipfelkonferenz der indochinesischen Völker bringt ihre ernsthafte und tiefe Dankbarkeit für die wertvolle Sympathie und Unterstützung durch die Völker der Welt zum Ausdruck. Die Konferenz ruft die Völker und Regierungen der sozialistischen Länder, die Frieden und Gerechtigkeit liebenden Länder in der Welt und das amerikanische Volk auf, die Aggression und Intervention der US-Imperialisten streng zu verurteilen und dem gerechten Kampf der drei indochinesischen

Völker bis zum endgültigen Sieg wachsende Hilfe zukommen zu lassen.

Die Konferenz bringt ihre volle Unterstützung zum Ausdruck für den Kampf der Völker der Welt für Frieden, Unabhängigkeit, Demokratie und sozialen Fortschritt, gegen den aggressiven und kriegslüsternden US-Imperialismus, gegen alle Formen von Kolonialismus und Neokolonialismus, für den Kampf der Völker Asiens, Afrikas und Lateinamerikas für Unabhängigkeit und Freiheit, für den Kampf des chinesischen Volkes zur Rückgewinnung Taiwans, für die untrennbare Einheit des Territoriums der VR China, für den Kampf des koreanischen Volkes gegen die US-imperialistischen Aggressoren für die Befreiung des südlichen Teils des Landes und die Wiedervereinigung Koreas, für den Kampf des arabischen Volkes für seine grundlegenden nationalen Rechte gegen die Aggression Israels, das von den US-Imperialisten bezahlt wird, für den Kampf des amerikanischen Volkes gegen den Aggressionskrieg, gegen Rassendiskriminierung, für Frieden und die wirklichen Interessen des Volkes der USA.

Die Konferenz ist der Meinung, daß die gegenwärtige Situation den indochinesischen Völkern günstiger denn je für ihren Kampf gegen die US-Aggression für die nationale Befreiung ist. Niemals zuvor waren die imperialistischen Aggressoren von so vielen Rückschlägen und so vielen Schwierigkeiten betroffen, so ernstlich geschwächt und isoliert wie jetzt. Die indochinesischen Völker kämpfen für eine gerechte Sache, sie haben eine richtige Politik und einen unerschütterlichen Willen, sie haben eine unzerbrechbare Solidarität geschmiedet; darüber hinaus verfügen sie über beträchtliche Kräfte - über mehr als je zuvor - und genießen starke Sympathie und Hilfe von den Völkern der Welt. Die Konferenz drückt ihre feste Überzeugung aus, daß die indochinesischen Völker - vorangetrieben von ihren Siegen - vollen Nutzen aus ihrer Position der Initiative und Offensive ziehen, unermüdlich den Kampf an allen Fronten fortsetzen und vorantreiben und unvermeidlich den vollen Sieg erringen.

Beschlossen am 25. April 1970 [...]

[Unterzeichnet von den Delegationsleitern]

(Quelle: Auszug aus einem maschinenschriftlichen Text, der der Redaktion vom Informationsbüro der Provisorischen Revolutionären Regierung zur Verfügung gestellt wurde.)

## 7-Punkte Friedensplan für VIETNAM

Am 1. Juli 1971 unterbreitete die Leiterin der Delegation der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam bei den Pariser Vietnam-Verhandlungen, Außenministerin Frau Nguyen Thi Binh, den folgenden 7-Punkte Friedensvorschlag ihrer Regierung. (d. Red.)

Dem Wunsch des vietnamesischen Volkes nach Frieden und Unabhängigkeit entsprechend, den Wunsch des amerikanischen Volkes und der Völker der Welt nach Frieden berücksichtigend, als Ausdruck des guten Willens, bei der Pariser Vietnam-Konferenz Fortschritte zu erzielen, ausgehend von der 10-Punkte Globallösung, den 8 Punkten vom 17. September 1970 und der 3-Punkte Erklärung vom 10. Dezember 1970 wünscht die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam folgendes zu erklären:

### 1. Über den Stichtag für den vollständigen Rückzug der US-Streitkräfte

Die US-Regierung muß dem Aggressionskrieg in Vietnam ein Ende setzen, die Politik der "Vietnamisierung" des Krieges beenden, aus Südvietnam alle Truppen, alles Militärpersonal, alle Waffen und alles Kriegsmaterial der USA und der anderen Länder im US-Lager abziehen und alle US-Stützpunkte in Südvietnam abbauen, ohne Bedingungen irgendwelcher Art zu stellen.

Die US-Regierung muß einen endgültigen Termin für den Abzug aller US-Streitkräfte und aller Truppen der anderen Länder im US-Lager festsetzen.

Wenn die US-Regierung für den Rückzug der gesamten Streitkräfte der USA und der Truppen der anderen Länder im Lager der USA aus Südvietnam einen endgültigen Termin im Jahr 1971 festsetzt, werden die betroffenen Seiten sich über die Modalitäten einigen:

- a) über den ungefährdeten Abzug aller Truppen der USA und der Länder im US-Lager aus Südvietnam;
- b) über die Freilassung aller militärischen und zivilen Kriegsgefangenen aller betroffenen Seiten (einschließlich der in Nordvietnam gefangenen Piloten), so daß sie alle schnell in ihre Heimat zurückkehren können. Diese beiden Verfahren werden gleichzeitig beginnen und gleichzeitig enden. Eine Feuereinstellung wird von den südvietnamesischen Volksbefreiungsstreitkräften und von den Streitkräften der USA und der ande-

ren Länder im US-Lager eingehalten, sobald die Beteiligten eine Übereinkunft über den Abzug aller Truppen der USA und der anderen Länder im US-Lager erreicht haben.

## 2. Über die Frage der Macht in Südvietnam

Die US-Regierung muß wirklich das Recht der südvietnamesischen Bevölkerung auf Selbstbestimmung respektieren, die Einmischung in die inneren Angelegenheiten Südvietnams beenden, die Unterstützung für die kriegslüsterne von Nguyen Van Thieu geführte Gruppe, die gegenwärtig die Saigoner Verwaltung innehat, aufgeben und alle Manöver, einschließlich der Wahlmanöver, die darauf hinauslaufen, die Marionette Nguyen Van Thieu zu halten, beenden.

Die politischen, sozialen und religiösen Kräfte in Südvietnam, die im Wunsch nach Frieden und nationaler Eintracht übereinstimmen, werden verschiedene Wege finden, um eine neue Verwaltung zu bilden, die dem Frieden, der Unabhängigkeit, der Neutralität und der Demokratie den Vorrang gibt. Die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam wird mit einer solchen Verwaltung sofort in Verhandlungen eintreten, mit dem Ziel, sich über folgende Fragen zu einigen:

a) eine breite dreiteilige Regierung der nationalen Eintracht zu bilden, die in der Periode zwischen der Wiederherstellung des Friedens, der Organisierung und der Abhaltung allgemeiner Wahlen in Südvietnam ihre Funktion wahrnehmen wird.

Eine Feuereinstellung wird von den südvietnamesischen Volksbefreiungstreitkräften und der Armee der Saigoner Behörden eingehalten, sobald eine Regierung der nationalen Eintracht gebildet ist.

b) konkrete Maßnahmen für die erforderlichen Garantien zu ergreifen, damit alle Akte des Terrors, der Repressalien und der Diskriminierung gegen Personen verhindert werden, die mit der einen oder anderen Seite zusammengearbeitet haben; jede demokratische Freiheit für die südvietnamesische Bevölkerung sicherzustellen; alle Personen, die aus politischen Gründen inhaftiert wurden, freizulassen;

alle Konzentrationslager aufzulösen und alle Formen des Zwanges und der Nötigung zu beseitigen, damit der Bevölkerung gestattet wird, in völliger Freiheit an ihre Heimatorte zurückzukehren und in freier Entscheidung ihrer Beschäftigung nachzugehen.

c) darauf zu achten, daß die Lebensbedingun-

gen der Bevölkerung stabilisiert und schrittweise verbessert werden; Bedingungen zu schaffen, die es erlauben, daß jeder seine Fähigkeiten und Kräfte einsetzen kann, um die Wunden des Krieges zu heilen und das Land wiederaufzubauen.

d) sich über Maßnahmen zu einigen, damit die Abhaltung wirklich freier, demokratischer und fairer allgemeiner Wahlen in Südvietnam gesichert wird.

## 3. Über die Frage der vietnamesischen Streitkräfte in Südvietnam

Die vietnamesischen Seiten werden gemeinsam die Frage der vietnamesischen Streitkräfte in Südvietnam im Geist nationaler Eintracht, Gleichheit und gegenseitiger Achtung, ohne ausländische Einmischung, entsprechend der Nachkriegssituation und mit dem Ziel, die Lebensbedingungen des Volkes zu erleichtern, regeln.

## 4. Über die friedliche Wiedervereinigung Vietnams und die Beziehungen zwischen dem Norden und dem Süden

a) Die Wiedervereinigung von Vietnam wird Schritt für Schritt, auf friedlichem Weg und auf der Basis der Diskussion und Übereinkunft zwischen den beiden Zonen, ohne Zwang und gewaltsame Einverleibung der einen durch die andere Seite und ohne fremde Einmischung erreicht werden.

Bis zur Wiedervereinigung des Landes werden die nördliche und die südliche Zone normale Beziehungen herstellen, Freizügigkeit, freien Briefverkehr, freie Wahl des Wohnsitzes garantieren und wirtschaftliche und kulturelle Beziehungen nach dem Prinzip des beiderseitigen Interesses und Beistandes unterhalten.

Alle Fragen, die die beiden Zonen berühren, werden von qualifizierten Repräsentanten des vietnamesischen Volkes aus beiden Zonen auf der Basis von Verhandlungen, ohne fremde Einmischung entschieden.

b) in Übereinstimmung mit den Bestimmungen des Genfer Abkommens über Vietnam von 1954 und ausgehend von der gegenwärtigen zeitweiligen Teilung in zwei Zonen werden die nördliche und die südliche Zone Vietnams keinerlei Militärbündnissen mit fremden Mächten beitreten, werden es keinem fremden Land gestatten, Militärbasen, Truppen und Militärpersonal auf ihrem Boden zu unterhalten, werden den Schutz keines Landes, keines Militärbündnisses oder Blockes anerkennen.

5. Über die Außenpolitik des Friedens und der Neutralität Südvietnams

Südvietnam wird eine Außenpolitik des Friedens und der Neutralität verfolgen, Beziehungen mit allen Ländern ungeachtet ihrer politischen und sozialen Ordnung in Übereinstimmung mit den fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz aufnehmen, ökonomische und kulturelle Beziehungen mit allen Ländern aufrechterhalten, die Zusammenarbeit mit fremden Ländern bei der Ausbeutung natürlicher Reichtümer Südvietnams aufnehmen, von jedem Land wirtschaftliche und technische Hilfe annehmen, sofern keine politischen Bedingungen daran geknüpft sind, und sich an regionalen Plänen der wirtschaftlichen Zusammenarbeit beteiligen.

Auf der Grundlage dieser Prinzipien werden nach Beendigung des Krieges Südvietnam und die USA Beziehungen auf politischer, wirtschaftlicher und kultureller Ebene aufnehmen.

6. Über die Schäden, die von den USA dem vietnamesischen Volk in beiden Zonen zugefügt wurden

Die US-Regierung muß volle Verantwortung für die Verluste und Zerstörungen tragen, die sie dem vietnamesischen Volk in beiden Zonen zugefügt hat.

7. Über die Respektierung und die internationale Garantie der zu treffenden Vereinbarungen

Die beteiligten Seiten werden über die Formen der Respektierung und der internationalen Garantie der zu treffenden Abkommen eine Übereinkunft erzielen.

(Quelle: Hektografierte Materialien der Delegation der Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam bei den Pariser Vietnam-Verhandlungen.)

Adressenänderungen

bitte

r e c h t z e i t i g

bekanntgeben

## Wolfgang Breuer :

### VIETNAM - Berichterstattung in der BRD

"Die westdeutsche Presse hat bis jetzt aus mangelndem Interesse oder aus bewußter Überlegung ihre Leser wenig oder schlecht über die wahre Situation in Vietnam informiert." Diese vernichtende Kritik der Pariser Zeitung "Le Monde" - gefällt am 22. Februar anläßlich der Berichterstattung über die Tet-Offensive - hat bis heute nicht an Gültigkeit verloren. Ein Blick in die Gazetten oder auf den Fernsehschirm bestätigt dies tagtäglich: Die größten Teile der westdeutschen Medien informieren ihr Publikum nicht nur schlecht, sie unterstützen auch eindeutig die US-Aggression in Indochina.

Wie der amerikanische Imperialismus in seiner Haltung von den reaktionären Kreisen der BRD direkt unterstützt wird, so stoßen auch die meisten westdeutschen Medien munter mit ins Propaganda-Horn des Pentagon. Die politischen Gründe legte Theo Sommer 1965 in einem Artikel in der Weihnachtsausgabe der "Zeit" klar auf den Tisch: "Zweifel sind mir [...] durchaus nicht fremd. Und dennoch: Stärker als der Zweifel ist bei mir die Überzeugung, daß das amerikanische Engagement in Vietnam notwendig und stützenswert ist. Bei aller Kritik an seinen Modalitäten halte ich dieses Engagement im Grundsatz für richtig und unvermeidlich. [...] Wir [die BRD] sollten diese Unterstützung - Entwicklungshilfe und humanitäre Hilfe - sogar verstärken. Das ist nicht Nibelungentreue, sondern selbstverständliche Solidarität."

Diese verbrecherische "Solidarität" der Imperialisten gegen die Befreiungsbewegungen und die sozialistischen Länder wird weiterhin von der westdeutschen Presse gepflegt. Der publizistische Kampf gegen die Befreiungsfront in Vietnam schließt sich nahtlos an den Kampf gegen den Sozialismus in der DDR und der UdSSR an. So warnte der Kommentator H. Joachim Maitre am 2. Mai 1972 in Springers "Welt" vor einer politischen Lösung des Indochina-Konflikts und argumentierte: "Es ist mehr als nur denkbar, daß Henry Kissingers Moskau-Reise einen solchen Schlüssel zur Lösung des Vietnam-Konflikts ergeben hat. Er wäre der Anfang vom Ende eines unabhängigen Südvietnams - und ein Triumph für den Weltkommunismus."

Kein Wunder, daß bei solch enger Verbundenheit der Berichterstattung über Vietnam kein besonderes Gewicht beigemessen wird. In seinem 1971 bei Rowohlt veröffentlichten Essay "Vietnam in der deutschen Presse" kommt der TV-Journalist Dr. Winfried Scharlau zu dem Schluß: "Es paßt in das Bild, daß die deutsche Presse in den frühen sechziger Jahren sich eigene Informationen über Südostasien nur durch Reisekorrespondenten beschaffte, daß sie im Regelfall auf Informationen aus zweiter Hand vertraute, die geeignet waren, das bestehende Bild von der kommunistischen Weltverschwörung gegen Südvietnam und die Freiheit des Westens überhaupt zu bestätigen, aber nicht in Frage zu stellen."

Ein typisches und aktuelles Beispiel lieferte der nach Saigon entsandte "Militär-Experte" Adelbert Weinstein in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 3. Mai 1972: Der Journalist Weinstein beginnt seinen Bericht mit dem, was ihm offenbar am wichtigsten erschien. Er stellt fest, daß es in den Läden Saigons "nicht an Luxuswaren mangelt". In diesen Geschäften freilich hat das vietnamesische Volk nie kaufen können.

Die Niederlagen der Marionetten-Armee nimmt Weinstein nur am Rande zur Kenntnis. Lieber philosophiert er munter mit den US-Amerikanern: "Man könne den Vietnamesen sagen: Auch wenn sie mit Recht stolz auf die bisherigen Abwehrerfolge ihrer Armee sind, sollten sie nicht vergessen, daß die militärische Vietnamisierung nur deshalb Erfolg hat, weil ihnen die Amerikaner das abnehmen, was eine technische Truppe am Leben hält - das Heranbringen der technischen Zerstörungskraft."

Noch offener auf die imperialistische Position schwenkt Weinstein in seinem Schlußabsatz, der den hunderttausenden politischen Gefangenen Südvietnams, den gewaltsam Vertriebenen und den in die Armee Gepreßten zynisch ins Gesicht spuckt: "Präsident Thieu ist mächtig. Aber er sollte, wie die Amerikaner meinen, seine Macht auch voll nutzen."

Solche Kommentare und Berichte bereiten seit Jahren die ständig neue Eskalation der US-Aggression in Indochina vor. Als Rechtfertigung wird das Märchen von der Invasion aus dem Norden abgespult, werden die, die ihr Land verteidigen, als "Aggressoren" abgestempelt, und in für die US-Imperialisten kritischen Situationen tauchen dann immer wieder die Gerüchte von "Massakern" der FNL auf.

Wie solche "Ausschreitungen" gemacht

werden, beschreibt der CIA-Agent Edward G. Lansdale in den Pentagon-Papieren in seinem Bericht über die Ereignisse 1954/1955: "Die erste Gerüchte-Kampagne sollte der behutsam lancierte Bericht über ein rotchinesisches Regiment in Tonking sein, das gegen ein Dorf des Vietminh Repressalien ergriffen und die Dorfmädchen vergewaltigt hatte.[...] Die Story sollte von den in Zivil gekleideten Soldaten der vietnamesischen Psychokrieg-Kompanie in Hanoi ausgestreut werden.[...] Wochen später erzählten Einwohner von Tonking eine aufwühlende Geschichte von dem üblen Verhalten der chinesischen Divisionen auf Vietminh-Territorium."

Lansdales damals noch vereinzelt Kampagnen wurden unter Kennedy im "Aktionsprogramm für Südvietnam" vom 8. Mai 1961 systematisiert. In diesem Papier wird die Notwendigkeit unterstrichen, "die Regierung von Süd-Vietnam bei der Beschleunigung ihrer Öffentlichkeitsarbeit zu unterstützen, um das öffentliche Verständnis für Unternehmungen zu vertiefen, die zur Bekämpfung der kommunistischen Aufständischen erforderlich sind[...]".

Die Produkte dieser Propaganda-Maschinerie werden in den Medien brav wiedergekauft. Die PR-Abteilung des Pentagon hätte nicht besser formulieren können als Erwin Behrens in seiner Rundfunk-Sendung am 2. August 1968: "Dabei haben die Kommunisten wieder und wieder gezeigt, daß sie nicht nur fanatisch und fatalistisch sind, sondern gleichzeitig ihr Ziel mit asiatischer Grausamkeit verfolgen. Tausende, Zehntausende wurden ermordet. Dörfer, die sich weigerten, den Vietcong-Bataillonen Rekruten zur Verfügung zu stellen, wurden mit Flammenwerfern eingäschert."

Solche verlogenen Behauptungen entbehren jeder Grundlage - das wissen selbst die US-Behörden. In einer 281 Seiten langen Studie der Advanced Research Projects Agency (ARPA) schreibt der Psychologe Lawrence Albert Newberry, daß Gefangene der Befreiungsfront "für gewöhnlich die gleichen Rationen wie die Vietcong-Soldaten" erhalten, daß "Bekehrung stets der Repression vorgezogen" wird und daß durch "eine solche Behandlung [...] viele Gefangene für die Sache der Befreiungsfront gewonnen" wurden.

Freilich gehen solche realistischeren Stimmen im Propaganda-Wirbel der US-Imperialisten unter. In Saigon lenkt das US-Military Assistance Command die Nachrichten über den Indochina-Krieg; dort gibt es die US-Presseausweise für ausländische Korrespondenten, die ein wahrer Sesam-öffne-Dich für etliche "Vorzüge" sind. Wer einen solchen Aus-

weis besitzt, der kann mit Armee-, Marine- oder Luftwaffen-Flugzeugen kostenlos im Land herumreisen und bekommt sogar Militär-Dollars, mit denen sich in den Armee-Warenhäusern billig einkaufen läßt.

So gibt es eine ganze Menge Journalisten, die sich - nach dem Urteil des US-Senators J. William Fulbright - "von den Militärs durch kostenlose Reisen und VIP-Behandlungen Sand in die Augen streuen lassen, und sogar einige, die nicht viel mehr als abgerichtete Seerobben des Pentagon sind."

So ist es wohl auch zu erklären, daß der ZDF-Korrespondent Hans Joachim Friedrichs hauptsächlich von dort Berichte lieferte, wo ihn die US- oder Saigoner Armee hinflieg: vom Soldatenfriedhof oder einer Stellung der in Südvietnam stationierten südkoreanischen Söldner, die wegen ihrer Brutalität beim Volk verhaßt sind, die von Friedrichs aber ihres "Kampfgeistes" wegen gelobt werden.

Auf der gleichen Linie liegt es, daß über den 7-Punkte-Plan der Provisorischen Revolutionären Regierung so gut wie nicht berichtet wird; widerlegt er doch das Gerede von der angeblich geplanten kommunistischen Machtergreifung in Südvietnam. Der Begriff "Koalitionsregierung" ist seit Jahren als gefährlich abgestempelt worden, denn - so schrieb Peter Grubbe schon 1962 in der "Welt": "Aber um einen echten Kompromiß ist es dem Osten hier gar nicht zu tun." Zehn Jahre später, am 2. Mai 1972, argumentiert H. Joachim Maitre in der "Welt", Hanoi habe keinen "ernsthaften Willen zu Verhandlungen" gezeigt und sich stattdessen angeschickt, "die militärische Einkreisung der strategisch so wichtigen Städte Kontum, Quang Tri und Hue abzuschließen."

Daß die US-Imperialisten seit Jahren die Pariser Verhandlungen sabotieren, wird mit keiner Zeile erwähnt. Stattdessen schlachten die westdeutschen Medien in Wort und Bild das Flüchtlingselend in Vietnam aus, um angeblich zu dokumentieren, daß die "Bevölkerung vor den Kommunisten flieht". Nur in einem Nebensatz war zum Beispiel Peter Scholl-Latour bereit zuzugeben, daß die Land- und Stadtbewohner weniger vor der Befreiungsarmee, als vielmehr vor den mörderischen Flächenbombardements der US-Luftwaffe fliehen. Daß von der Führung der Marionettenarmee der klare Befehl existiert, jede Stadt eher dem Erdboden gleich zu machen als sie den Befreiungstreitkräften zu überlassen, wird bewußt verschwiegen.

In Ausnahmefällen - z.B. dann, wenn nicht wie beabsichtigt "Vietcong-Dörfer" in Schutt

und Asche gelegt, sondern "versehentlich" die eigenen Stellungen unter Beschuß genommen wurden, packt unsere Berichterstatte das Grauen vor Napalm und Kugelbomben. Normalerweise - nämlich soweit dies Tag für Tag in der DRV und den befreiten Gebieten Südvietnams geschieht - nicht.

Wer aber die Kriegsverbrechen der US-Armee und ihrer Marionetten aufdeckt, wer über den Kampf der südvietnamesischen Bevölkerung gegen die US-Imperialisten berichtet, wer mit der Bevölkerung spricht und nicht - wie der ARD-Korrespondent Günter Müggenburg im September 1971 eine Demonstration gegen das Thieu-Regime in Saigon verschläft -, der erfährt keine VIP-Behandlung, sondern den Terror der US-Marionetten.

Seit der erfolgreichen Offensive der Volksbefreiungstreitkräfte hat sich die Pressezensur in Südvietnam verschärft, werden Nachrichten noch brutaler durch jenen berüchtigten Artikel 28 unterdrückt, der die Verbreitung von "Spekulationen, falschen oder wahren Nachrichten verbietet, die darauf zielen, die Sicherheit, die Wirtschaft und die Moral der Armee zu gefährden, oder die Verwirrung unter der Bevölkerung stiften", verbietet.

**Peter Dietzel :**

## **"Kriegsgefangene" in der DRV**

Seitdem die USA 1965 zum ersten Mal den Luftraum der DRV verletzten, um systematisch ihre verbrecherischen Luftangriffe aufzunehmen, geriet eine wachsende Zahl abgeschossener US-Luftpiraten in vietnamesische Gefangenschaft. Nach Angaben des Pentagon waren es bis Ende des vorigen Jahres 382 Piloten, die allein in der DRV festgesetzt wurden. Ihre wirkliche Zahl dürfte wesentlich höher liegen, vor allem nach der erneuten Wiederaufnahme der massiven Terrorangriffe zu Beginn dieses Jahres. Mit steigenden Verlustziffern mehren sich auch in der bürgerlichen Presse erneut die Berichte über das angeb-

lich unmenschliche Los der durchweg als "Kriegsgefangene" bezeichneten Piloten in den Haftlagern der DRV. So schrieb die FAZ am 27.1.72: "Hanoi ist nicht bereit, sich an die Genfer Konventionen zu halten, die zumindest den Austausch exakter Namenslisten, Postverkehr, Inspektion der Gefangenenlager und ausreichende Versorgung der Gefangenen vorschreibt." Sie übersieht dabei geflissentlich, daß die DRV zwar 1957 die Genfer Konvention unterzeichnete, ihre Anwendung auf Kriegsverbrecher jedoch unter Berufung auf die Grundsätze des Internationalen Militärgerichtshofes von Nürnberg ausdrücklich ausnahm. Die DRV befindet sich damit durchaus im Einklang mit internationalen Rechtsnormen, denn nicht ohne Grund wurde das Statut des Nürnberger Militärtribunals zu einer Norm des Völkerrechts erhoben. Es waren die USA, die am 11. Dezember 1946 vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen den Antrag stellten, die Charta und die Urteile des Nürnberger Gerichtshofes und die von ihm aufgestellten Völkerrechtsnormen durch das Forum der Weltorganisation zu bestätigen.

Der Kerngedanke der Charta des Internationalen Militärgerichtshofes besteht darin, daß jedermann internationalen Verpflichtungen unterworfen ist, die über den bürgerlichen Gehorsam, den der einzelne Staat fordert, hinausgehen.<sup>1)</sup>

Und um nichts anderes als um Kriegsverbrechen handelt es sich bei den Überfällen der US-Luft- und Seestreitkräfte auf die DRV, denn sie erfolgen "ohne eine vorausgehende un-zweideutige Benachrichtigung, die entweder die Form einer mit Gründen versehenen Kriegserklärung oder die eines Ultimatums mit bedingter Kriegserklärung haben muß".<sup>2)</sup> Dabei weiß das vietnamesische Volk sehr wohl zu unterscheiden zwischen denen, die für die Aggression letztlich die Verantwortung tragen, und denen, die sich lediglich als ihre Werkzeuge mißbrauchen lassen: "Diese amerikanischen Piloten sind eigentlich nur Instrumente des weißen Hauses und des Pentagons. Dort sitzen die Verantwortlichen für alle Verbrechen, die gegen uns begangen werden. Aber nach den Gesetzen des Völkerrechts und den Regeln der Gerechtigkeit tragen auch die Piloten, die jetzt bei uns gefangen sind, Verantwortung für das, was sie getan haben." (Oberst Ha Van Lau, Chef der Kommission für Kriegsverbrechen in der DRV).<sup>3)</sup>

Dennoch werden - wie zahlreiche Berichte bezeugen - die gefangenen Piloten wie reguläre Kriegsgefangene behandelt. "Was Unterkunft, medizinische Betreuung, Verpflegung,

Briefverkehr, Religionsausübung usw. anbelangt, so gereicht der Status der in der DRV inhaftierten US-Piloten dem Genfer Abkommen vom 12.8.1949 zur Zierde."<sup>4)</sup>

Selbst Luftschutzräume gegen die fortgesetzten Angriffe ihrer eigenen Kameraden stehen den Gefangenen zur Verfügung. Ganz offensichtlich droht ihnen von dort die einzige Gefahr für Leben und Gesundheit.

Im krassen Gegensatz dazu steht die Behandlung von Kämpfern der Befreiungsfront Südvietnams, denen in den meisten Fällen nicht einmal der Kombattanten-Status zugebilligt wird, sobald sie in die Hände der US-Söldner oder der Marionettentruppen fallen. Noch immer bestehen die "Tigerkäfige" auf der KZ-Insel Con Son; ungezählte FNL-Kämpfer wurden grausam zu Tode gemartert, lebend aus Hubschraubern geworfen oder nach Verhören erschossen.

Obwohl diese Tatsachen seit langem bekannt sind, verbreiten die Regierungsstellen der USA und die bürgerliche Presse stets neue Lügengeschichten über die Haftlager der DRV. "Von allen Nationen der modernen Geschichte hat sich Nordvietnam bei der Behandlung von Kriegsgefangenen am barbarischsten verhalten."<sup>5)</sup> "Prügel, Gehirnwäsche, Fingernägelausreißen und Rattenbisse in Einzelhaft gehören nach amerikanischer Darstellung zum Alltag ihrer Landsleute in kommunistischer Haft."<sup>6)</sup> Gelegentlich werden von den amerikanischen Militärbehörden auch aus der Haft entlassene Piloten als "Zeugen" der Presse vorgestellt. Die SZ schreibt dazu am 8.6.72: "Nach ihrer Heimkehr sprachen beide Männer zunächst nüchtern und ohne große Vorwürfe über die Zeit ihrer Gefangenschaft. Einer der beiden allerdings begann nach einiger Zeit, seine Berichte vor amerikanischen Auditorien gründlich zu verändern und immer heftigere Angriffe gegen Nordvietnam zu führen, die seinen ursprünglichen Aussagen widersprachen." "Gehirnwäsche" in der DRV?

Mit solch frei erlogenen Berichten und durch Aktionen wie die des texanischen Multimillionärs Perot, der im Washingtoner Capitol eine angeblich originalgetreue Gefängniszelle mit einem zum Skelett abgemagerten (Wachs-)Piloten rekonstruieren ließ, wird in den USA systematisch das Bild des "kommunistischen Untermenschen", des Folterknechts und Sadisten verbreitet, dessen "weiteres Vordringen" aufzuhalten, jedes Mittel rechtfertige. Nicht zufällig wurde von der Rand Corporation zur gleichen Zeit, in der das Massaker von Son My bekannt wurde, gemeldet, die FNL habe sogenannte "Schwarze Listen"

mit Namen von mindestens 100 000 Personen angelegt, die nach der "kommunistischen Machtübernahme" sofort hingerichtet werden sollten.<sup>7)</sup> Auf dem latenten bzw. manifesten Rassismus breiter Schichten der US-Bevölkerung aufbauend (Slogan der GI's in Vietnam: "Ein Vietcong ist alles, was gelb und tot ist"<sup>8)</sup>), gelingt es, in den USA eine Atmosphäre zu schaffen, in der Piratenakte, wie die Kommandounternehmen gegen die (leeren) Gefangenenlager Son Tay (DRV im November 1970) und Mimot (Kambodscha im Januar 1971) als nationale Heldentaten hochgespielt werden können. Nixon verkündete eine "nationale Woche der Besorgnis"; Sonderbriefmarken und Klebestreifen auf Autostoßstangen sind weitere Blüten einer systematischen Kampagne, die darauf abzielt, die öffentliche Meinung in den USA emotional aufzupeitschen. So nimmt auch kaum jemand daran Anstoß, wenn ein Veteranen-Verein eine Prämie von 100 000 Dollar aussetzt für jeden, der einen gefangenen Landsmann gewaltsam befreien könne, wobei "alles erlaubt" sei.<sup>9)</sup> Und während Weihnachten 1971 US-Piloten in der DRV Kindergärten, Krankenhäuser und Wohngebiete bombardierten, schrieb Adelbert Weinstein in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung: "Die größte Verbrauchergesellschaft der Welt wird brutal daran erinnert, daß am Heiligabend Amerikaner vor ihrem Christbaum sitzen, deren Väter und Söhne unter unmenschlichen Bedingungen gefangengehalten werden."<sup>10)</sup>

Seit im Korea-Krieg gefangene US-Soldaten über den Radiosender Seoul (der sich damals in den Händen der Befreiungstruppen befand) ihre Kameraden aufforderten, der verbrecherischen Aggression ein Ende zu bereiten, haben die US-Militärbehörden nichts unversucht gelassen, entsprechende Appelle von in der DRV einsitzenden Piloten (siehe Dokument) als Ergebnis von Folterungen und "Gehirnwäsche" hinzustellen. Denn seit im Zuge der "Vietnamisierung des Krieges" die Verlustziffern der US-Bodentruppen beständig sanken, wurde die Gefangenenfrage zu einem wesentlichen Punkt der innenpolitischen Auseinandersetzung um die US-Aggression in Indochina. Die Familien der inhaftierten Piloten haben sich organisiert und fordern immer lautstarker die Beendigung des Krieges, um die Rückkehr ihrer Angehörigen zu ermöglichen. Der Weg dazu wurde durch den 7-Punkte-Plan der PRR gewiesen. (Siehe Dokument) Da die US-Regierung sich bisher jedoch weigerte, ernsthafte Verhandlungen aufzunehmen und die Pariser Gespräche weiterhin sabotiert, sie sich dem wachsenden Druck der amerikanischen Öffentlichkeit jedoch nicht entziehen

kann, versucht Nixon, die Frage der Gefangenen als Alibi für die fortgesetzte Aggression zu benutzen: "Solange die Gefangenen nicht frei sind, sehen sich die USA gezwungen, eine Resttruppe in Vietnam zu belassen und zu deren Schutz (!) auch neue Bombenangriffe in Erwägung zu ziehen."<sup>11)</sup> Daß es den USA jedoch nicht um die Freilassung der inhaftierten Piloten sondern um die Aufrechterhaltung ihres imperialistischen Einflusses geht, kommt in einer Stellungnahme des Weißen Hauses zum Ausdruck: "Wir lassen unser Kriterium (für den Abzug) nicht fallen, daß die Südvietnamesen (d.h. das Marionettenregime Thieu; d.Verf.) eine Chance haben müssen, ihre eigene Zukunft zu bestimmen."<sup>12)</sup> Die New York Times kommt daher zu der Schlußfolgerung, "daß die Kriegsgefangenen nicht nur Gefangene Hanois, sondern auch Geiseln für die politischen Eigeninteressen der Präsidenten Thieu und Nixon sind."<sup>13)</sup> Die Haltung der US-Regierung zur Frage der Gefangenen faßte der liberale Bewerber um die Präsidentschaftskandidatur der Demokratischen Partei McGovern wie folgt zusammen: "Der Präsident sagt, er benutze die Bombardierungen, um die Freilassung der Gefangenen zu erreichen; in Wirklichkeit benutzt er unsere Gefangenen, um die Fortsetzung der Bombardierungen zu rechtfertigen."<sup>14)</sup>

#### Anmerkungen:

- 1) Vgl. Heynowski, Scheumann, Piloten im Pyjama, München 1968, S.363
- 2) Haager Abkommen über den Beginn der Feindseligkeiten vom 18. Oktober 1907; zit. nach ebenda, S.12
- 3) zit. nach SZ v. 8.6.1972
- 4) Interview der Illustrierten "Stern" mit den Autoren Heynowski und Scheumann, a.a.O., Heft 43/1967
- 5) Kriegsverbrecher Nixon im US-Fernsehen; FAZ vom 19.4.1971
- 6) Spiegel 14/1971
- 7) SZ v. 18.6.1970
- 8) Spiegel 47/1971
- 9) Spiegel 14/1971
- 10) zit. nach Spiegel 1-2/1972
- 11) Spiegel 3/1972
- 12) SZ v. 8-9.1.1972
- 13) zit. nach Spiegel 3/1972
- 14) SZ v. 8-9.1.1972

# APPELL

Eine Gruppe von US-Piloten, die in der DRV gefangen genommen wurden, hat vor kurzem ihren Protest gegen Nixons Eskalation des Krieges geäußert.

Zu dieser Gruppe gehören:

- Fregattenkapitän (Marine) Walter E. Wilber, USS America (Flugzeugträger), gefangengenommen im Juni 1968
- Oberstleutnant (Marinecorps) Edison W. Miller, Chu Lai Air Base (RSV), gefangengenommen im Oktober 1967
- Korvettenkapitän (Marine) David W. Hoffman, USS Coral Sea (Flugzeugträger), gefangengenommen im Dezember 1971
- Hauptmann (Luftwaffe) James D. Cutter, Korat Airbase (Thailand), gefangengenommen im Februar 1972
- Hauptmann (Luftwaffe) Kenneth J. Fraser, Korat Airbase (Thailand), gefangengenommen im Februar 1972
- Hauptmann (Luftwaffe) Edwin A. Hawley, Udorn Airbase (Thailand), gefangengenommen im Februar 1972
- Hauptmann (Luftwaffe) Lynn E. Cuenther, Nakhon Phantom Air Base (Thailand), gefangengenommen im Dezember 1971
- Leutnant (Marine-Reserve) Norris A. Charles, USS Coral Sea (Flugzeugträger), gefangengenommen im Dezember 1971

(d. Red.)

An das Volk der Vereinigten Staaten und den Kongreß der USA von einer Gruppe in der DRV gefangener Piloten:

Trotz des 1968 verkündeten Bombenstopps befahl der Präsident die Wiederaufnahme und gab Vollmacht zur Fortsetzung der Bombardierung der DRV - unter einer Anzahl von Vorwänden zur Rechtfertigung der Angriffe. Am Sonntagmorgen des 16. April 1972 wurde der Frieden in Hanoi und Haiphong von amerikanischen Flugzeugen und Bomben zerschmettert. Viele unschuldige Menschen starben einen unnötigen und sinnlosen Tod.

Wir, die inhaftierten Amerikaner in Hanoi, waren erschüttert von der Sinnlosigkeit einer solchen Aktion.

Wir haben das vietnamesische Volk kennengelernt und wir wissen, daß keine Bomben und keine Todesgefahren den Geist, der in ihren Herzen lebt, zum Erlöschen bringen werden. Wir meinen, daß ausgedehnte Bombardements der DRV lediglich dazu führen, die Meinung der Weltöffentlichkeit noch stärker gegen die USA zu wenden und das Risiko des Todes und der Gefangennahme vieler weiterer Ameri-

kaner mit sich bringen - ebenso wie die Gefährdung des Lebens derer, die bereits gefangen gehalten werden.

Keine Bombardierung von Hanoi oder Haiphong wird die Provisorische Revolutionäre Regierung der Republik Südvietnam dazu bringen, um Frieden betteln zu kommen, denn da sie wahrhaft Frieden wollen, wird es keinen Frieden geben ohne Freiheit und Unabhängigkeit. Keine Bombardierung der DRV dient dazu, den Abzug amerikanischer Truppen irgend sicherer zu machen, sie führt eher dazu, daß sie überhaupt nicht abgezogen werden können und stellt nur das Eingeständnis des Scheiterns der Vietnamisierungspolitik dar.

Wir rufen das amerikanische Volk auf, seine Verantwortung und seine Rechte wahrzunehmen und die Beendigung des Krieges jetzt zu fordern!

Wir fordern den Kongreß auf, entschiedene und positive Schritte zu unternehmen und den Worten zu entsprechen, die bereits gegen den Krieg gerichtet wurden.

Die Wiederaufnahme der Pariser Friedenskonferenz und ernsthafte Verhandlungen auf der Basis des 7-Punkte Programms der Provisorischen Revolutionären Regierung wären deutliche erste Schritte.

Fordert diese Schritte und noch viele mehr, Amerikaner! Die Hoffnung der Welt liegt in Euren Händen!  
Bringt uns heim - jetzt!

In aller Hochachtung

Fregattenkapitän Walter E. Wilber  
Oberstleutnant Edison W. Miller  
Korvettenkapitän David W. Hoffman  
Hauptmann James D. Cutter  
Hauptmann Kenneth J. Fraser  
Hauptmann Edwin A. Hawley  
Hauptmann Lynn E. Cuenther  
Leutnant Norris A. Charles

(Quelle: vervielfältigter Text des Informationsbüros der DRV in Paris.)

## Frank Werkmeister :

# BRD und der US - Krieg in INDOCHINA

### 1. ZUR KONTINUITÄT IN DER VIETNAMPOLITIK BISHERIGER BUNDESREGIERUNGEN

Von allen Verbündeten des US-Imperialismus unterstützt die BRD als einzige bedeutende Industrienation und als einziger NATO-Staat die US-Politik in Indochina bis heute vorbehaltlos, obwohl nach Artikel 25 und 26 des Grundgesetzes die Vorbereitung und Unterstützung eines Angriffskrieges eindeutig verboten ist.

1966 lobte der damalige US-Sonderbotschafter Averell Harriman die Bundesregierung, sie habe den USA im Vietnamkrieg "mehr Hilfe geleistet und größeres Verständnis gezeigt als andere Staaten". Als die USA 1964 nach dem konstruierten Tonking-Zwischenfall ihre Bombenangriffe auf die DRV ausdehnten, telegraphierte CDU-Kanzler Erhard an Johnson sein "Verständnis für das amerikanische Vorgehen in Vietnam". Wenig später bezeichnete er es als "ein Ding der Unmöglichkeit" den "USA irgendwo in der Welt eine moralische Stütze (zu) versagen". Zur Zeit der ersten Luftangriffe auf Hanoi und Haiphong - durch die Weltpresse gingen bereits die Photos der getöteten und verletzten Opfer unter der Zivilbevölkerung - kablete Bundespräsident Lübke an Johnson: "Möge auch der gegenwärtige Kampf, den ihr Land ... in Südost-Asien führt, von Erfolg gekrönt sein." Während sich Erhard noch 1965 für den nur "geringen Beitrag der BRD zum Vietnamkrieg schämte", gestand CDU-Kanzler Kiesinger 1967 anlässlich eines Besuches in Washington, "daß die Bundesregierung große Achtung vor dem amerikanischen Beitrag zur Verteidigung der Freiheit in diesem Teil der Welt" habe. Ein Jahr später warnte Kiesinger davor, sich "zu Schulmeistern Amerikas aufzuwerfen".

Die Tatsache, daß die US-Regierung mit ihrer Indochinapolitik in den letzten Jahren zunehmend in eine weltpolitische Isolierung geraten ist, sowie das zugunsten des Sozialismus und der antiimperialistischen Bewegungen veränderte Kräfteverhältnis in der Welt mögen dazu beigetragen haben, daß sich der sozialdemokratische Kanzler Brandt nicht so offen zur US-Politik in Indochina bekennen kann wie seine Vorgänger von der CDU/CSU.

Dennoch muß festgehalten werden, daß Brandt z.B. sein Treffen mit US-Präsident Nixon in Key Biskayne Ende 1971, also zwei Wochen nach der Verleihung des Friedensnobelpreises, mit einem Kommuniqué beendete, das die "volle Übereinstimmung in allen Fragen" konstatierte. Dieses Brandt-Nixon-Treffen fand bekanntlich zu einem Zeitpunkt statt, als die US-Luftwaffe eine neue Welle von Terrorangriffen gegen die DRV flog.

So wie sich Brandt weigerte, das Mässsker von Song My (My Lai) öffentlich zu verurteilen: "Privat weiß ich, was ich zu erklären hätte, ich hielt es für unangemessen, als Bundeskanzler dazu etwas zu sagen", so würde auch nach Bekanntwerden weiterer US-Kriegsverbrechen und nach Veröffentlichung der sog. Pentagon-Papiere, die die letzten US-Regierungen erneut als Aggressoren entlarven, von seiten der sozial-liberalen Bundesregierung keinerlei Kritik an der US-Kriegspolitik geäußert.

Während in nicht-sozialistischen Ländern wie Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Indien, Norwegen, Schweden und den USA selbst entweder Abgeordnete, Parteien, Parlamente oder Regierungen entschieden gegen die jüngste Eskalation der US-Aggressionspolitik (Verminung, Blockade, Terrorangriffe gegen die DRV und gegen die befreiten Gebiete in Südvietnam) protestierten, kam aus Bonn - von der Bundesregierung bis zu den einzelnen Mitgliedern der SPD-FDP-Bundestagsfraktionen - keine ernsthafte Verurteilung. Als auf der Umweltschutzkonferenz in Stockholm der schwedische Regierungschef Olaf Palme den Völkermord der USA in Indochina, die Zerstörung der Umwelt und der menschlichen Lebensbedingungen durch chemische Kampfstoffe und Flächenbombardements attackierte, da wartete man vergeblich auf eine unterstützende Stellungnahme seitens der offiziellen BRD-Delegation.

### 2. ZUR BRD-HILFE FÜR DEN US-AGGRESSOR

Die Komplizenschaft bisheriger Bundesregierungen mit den US-Kriegspolitikern hat sich jedoch nicht nur in verbaler Zustimmung und Anerkennung oder in kritikloser "schweigender Solidarität" geäußert, sondern auch in materieller Hilfe für den Aggressor niedergeschlagen. Einige westdeutsche Firmen konnten aus dem Geschäft mit dem Krieg hohe Profite schlagen.

### DEISENAUSGLEICHSZAHLUNGEN

Die kontinuierlichste Unterstützung fließt den USA durch die Milliardenbeträge der Devisenausgleichszahlungen zu, die helfen, den

durch den US-Krieg stark belasteten US-Devisenhaushalt zu stützen. Die Bundesregierung - so Außenminister Rogers - zeige damit ihre Entschlossenheit, einen größeren Teil an der Last der Verteidigung der freien Welt zu übernehmen. Die Beträge werden für die in der BRD stationierten US-Soldaten gezahlt, um deren Verbleib Politiker wie Helmut Schmidt ihre US-Kollegen jeweils dringend gebeten haben. Da die Ausgleichszahlungen Vorauszahlungen für spätere BRD-Waffenkäufe in den USA sind, kommen sie unverzinsten Krediten gleich. Seit 1961 zahlten die Bundesregierungen alle zwei Jahre 5,4 Mrd DM. Im Dezember 1971 wurde der Betrag auf 6,65 Mrd DM erhöht (Laufzeit bis Juni 1973).

#### RÜSTUNGSGESCHÄFTE

Rüstungsfirmen der BRD erzielen durch enge Zusammenarbeit mit der US-Regierung und der US-amerikanischen Rüstungsindustrie enorme Profite. Beispiel: Die Firma "Kraus und Steinhausen" in Grauenort erwarb nach Darstellung des Pentagons 5.570 Fliegerbomben aus US-Beständen zum Stückpreis von 6,80 DM. Zwei Jahre später, 1966, gab sie die Bomben zum Stückpreis von 84,-- DM wieder an die US-Armee zurück, da diese dringend als Nachschub für die B 52-Bomber in Vietnam benötigt wurden. Das Bundeswirtschaftsministerium, das über die Vorgänge unterrichtet war, hat diesen Handel nicht untersagt.<sup>1)</sup>

"Munition, Schnellfeuergewehre und Klein caliberkanonen sowie Bomben für ca. 900 Mio DM lieferten u.a. Rheinmetall-GmbH Düsseldorf, Mauser-Werke Oberndorf Neckar und Industriewerke Karlsruher AG (QuandtKonzern), die Gustav Genschow & Co GmbH Karlsruhe und die Dynamit-Nobel-AG (Flick-Konzern) und die Wasag-Chemie AG Essen.

An den amerikanischen Gifteinsätzen verdienen vor allem die Nachfolgekonzerne der IG Farben. Dow Chemical und die BASF gründeten die Dow Badische Chemical Company in Freeport (Texas). Bayer Leverkusen und die Mosanto Chemical Company gründeten gemeinsam die Mobay Chemical Company in Pittsburg. Diese Firmen sind jeweils maßgebliche Kampfstoff- und Napalm-Lieferanten.

Es beteiligten sich weiterhin die Farbwerke Hoechst AG mit drei, die BASF mit zwei und die Bayer Leverkusen mit zwei Tochtergesellschaften in den USA direkt am "Vietnamgeschäft". Durch Verkauf von mehreren Patenten und Lizenzen für die Herstellung chemischer Kampfstoffe verdiente die Bayer AG Leverkusen zusätzlich große Summen. Die Bayer AG liefert außerdem über ihre amerikanische

Filiale Chamagro Corp. in Kansas City sowie über Zweigunternehmen in den faschistischen Staaten Spanien und Südafrika."<sup>2)</sup>

Am Vietnam-Geschäft sind auch die westdeutschen Werften beteiligt, die den Transport von US-Material nach Indochina übernehmen (Bremer Vulkan-Werft, Flensburger Schiffbaugesellschaft, Richners-Werft/Bremerhaven).<sup>3)</sup>

#### KREDITE FÜR NAPALM-PRODUZENTEN

Der US-Konzern Dow Chemical, der durch den Verkauf von Napalm einen Jahresumsatz von 20 Mio DM erzielte (Spiegel 21/1968), baut in Stade bei Hamburg eine Zweigniederlassung. Laut SZ vom 14.6.1969 bekam der Konzern für dieses Projekt eine Anleihe in Höhe von 1 Mrd DM. Das Geld wurde von Banken "um Institute der deutschen Sparkassenvereinigung, an deren Spitze die Niedersächsische Landesbank in Hannover steht" zur Verfügung gestellt. Zur Zeit der Kreditvergabe rühmte sich Dow Chemical in den USA per Zeitungsanzeigen, der größte Napalm-Produzent zu sein.

#### VÖLKERMORD IN DER BRD ERPROBT

Direkt für den Einsatz in Indochina bildet die US-Armee auf ihrem Stützpunkt in Bad Tölz Einheiten der "special forces" aus. Vom Überleben im Dschungel über Folterpraktiken bis zum stillen Killen wird dort alles gelehrt, was die "special forces" in Indochina dann praktizieren.

Auf anderen US-Stützpunkten in der BRD werden nach Feststellung der "Internationalen Kommission zur Untersuchung US-amerikanischer Kriegsverbrechen in Indochina"<sup>4)</sup> die neuesten Waffenentwicklungen, besonders elektronisches Kriegsgerät, getestet, das sich nach Aussagen von US-Beamten "in Vietnam bewährt hat" (Spiegel, 13.12.71).

#### US-AMERIKANISCHE KRIEGSGEGNER IN DER BRD UNERWÜNSCHT

Die Unterstützung der Bundesregierung bzw. der Behörden einzelner Bundesländer für die US-Kriegspolitik findet nicht zuletzt ihren Ausdruck darin, daß der US-Militärpolizei oder dem CIA bei der Verfolgung oppositioneller, in der BRD stationierter US-Soldaten oder aktiver Bürgerrechtskämpfer Amtshilfe geleistet wird. Hier erstreckt sich die Skala der "behördlichen Freundschaftsdienste" von der Beihilfe bei Festnahmen von Deserteuren, die sich z.B. nach Schweden absetzen wollen, über die Zusammenarbeit bei der Registrierung von demonstrierenden US-Soldaten

bis hin zur Ausweisungs- und Abschiebungsverfügung, wie der Fall des in München studierenden farbigen US-Bürgerrechtskämpfers Amadeo Richardson zeigt. A. Richardson, der seit Herbst 1971 bei mehreren Veranstaltungen zur Solidarität mit Angela Davis und gegen den US-Aggressionskrieg gesprochen hatte, wurde am 24.5.72 morgens um 6 Uhr von der Polizei in seiner Wohnung festgenommen. Man teilte ihm seine sofortige Ausweisung und Abschiebung mit. Er habe die traditionell guten Beziehungen der BRD zu den USA gestört, denn er habe seit Monaten eine gehässige Propaganda gegen die "amerikanische Schutzmacht" betrieben. Außerdem habe er von einer schnell fortschreitenden Entwicklung der USA zum Faschismus gesprochen und behauptet, in den Ghettos der USA würden Schwarze von weißen Polizisten auf offener Straße erschossen. Richardson wurde ins Stadelheimer Gefängnis eingeliefert. Zahlreiche Proteste von Vietnamkriegsgegnern sowie die intensive Arbeit eines Rechtsanwaltes konnten die vorläufige Freilassung erzwingen.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß es sich in diesem Fall um mehr als nur den aktiven US-Bürger Richardson handelte. US- und BRD-Behörden wollen offensichtlich eine Solidarisierung zwischen kriegsunwilligen GI's und fortschrittlichen Kräften der BRD verhindern. Sie sind besorgt über die Beteiligung von US-Soldaten an westdeutschen Vietnamdemonstrationen (Beispiel Schweinfurt: 100 ehemalige Vietnam-Soldaten führten z.T. in Uniform einen Demonstrationszug an) oder die herzliche Begrüßung von Anti-Kriegsdemonstranten vor US-Kasernen (Beispiel Nürnberg: 600 westdeutsche Demonstranten wurden laut Abendzeitung v. 19.5.72 von den GI's der Südkaserne begrüßt: "Die Reaktion der GI's war beinahe einhellig. Fast alle Stubenfenster waren weit geöffnet, und an jedem Fensterbrett lagen fünf bis sechs Soldaten. Sie gaben ihre Sympathien durch Winken und das obligatorische Peace-Zeichen zu verstehen.").

### 3. ZUR BRD-HILFE FÜR DAS SAIGONER MARIONETTENREGIME

Die US-Imperialisten waren von Anfang an bemüht, entweder ihre Bündnispartner mit in die Aggressionshandlungen einzubeziehen, deren aktive Entlastungshilfe in Indochina zu erreichen. Die BRD erwies sich auch in dieser Frage als ein zuverlässiger Partner. Washington hatte das Saigoner Regime veranlaßt, einen weltweiten Appell mit der Bitte um Unterstützung im antikommunistischen Kampf zu erlassen. Aus der BRD kamen im Lau-

fe der Jahre Kredite in Höhe von mehreren 100 Mio DM. Außerdem zahlten die Bundesregierungen Anteile auf die Asian-Development Bank ein, die wiederum den Saigoner Marionetten Kredite und Darlehen gewährte.

Nach Angaben des Außenministeriums der Marionettenregierung in Saigon für die Zeit von 1964-1970 steht die BRD in der finanziellen und materiellen Hilfe nach den USA an zweiter Stelle.

Prof. Dr. Erich Wulff, der mehrere Jahre als Arzt in Südvietnam arbeitete, berichtet ebenso wie andere Südvietnamesen, daß in Saigon und weiteren Städten auf großen Tafeln denjenigen Staaten gedankt wird, die eine besondere Hilfe im Kampf gegen den Kommunismus leisten. Die Reihenfolge lautet: USA, BRD ...

Von der BRD erhielt Saigon 15 Mio DM Militärhilfe.<sup>5)</sup> Zur Umzäunung der "strategischen Wehrdörfer", also der Konzentrationslager für die südvietnamesische Bevölkerung, wurde Stacheldraht aus der BRD verwandt. Truppen der Marionettenarmee konnten an Flammenwerfern aus der BRD ausgebildet werden.<sup>6)</sup> Der Bau und die Ausrüstung des Chemiekombinats bei Nong Song, in der Nähe des US-Stützpunktes Da Nang, wurde im wesentlichen von BRD-Firmen übernommen. Die für die Herstellung von chemischen Kampfstoffen notwendige Vergasungsanlage baute die Firma Heinrich Koppers GmbH, Essen.<sup>7)</sup>

Eine interministerielle BRD-Delegation bereiste 1971 Südvietnam, um weitere Hilfsleistungen für das Marionettenregime zu vereinbaren. Unter Leitung des CDU-Abgeordneten Wohlrabe besuchte eine Bundestagsdelegation Anfang 1972 (SZ, 4.1.72) die Marionettencliquen in Saigon und Phnom Penh. Das Lon Nol-Regime in Kambodscha konnte wenige Wochen zuvor das Eintreffen einer Bundestagsspende in Höhe von 500.000 DM propagandistisch aus-schlachten.

Minister und Beauftragte der Saigoner Marionettenregierung bereisen häufig die BRD, um einerseits die freundschaftlichen Beziehungen zwischen beiden Regierungen sichtbar zu betonen und andererseits bei Veranstaltungen, die von der Saigoner Botschaft in Bad Godesberg organisiert werden, die dahin zitierten südvietnamesischen Studenten mit Drohungen einzuschüchtern und ihnen ein falsches Bild von der Situation in Indochina aufzuzwingen. Diese Versuche haben in den letzten Jahren zugenommen, offenkundig deshalb, weil die Saigoner Behörden mit Besorgnis eine zunehmende Politisierung unter den Studenten feststellen mußten. Denn, obwohl

die meisten südvietnamesischen Studenten aus der herrschenden Oberschicht kommen und ohnehin nur nach einem allein von der Marionettenadministration bestimmten Auswahlverfahren und nach vorheriger "Schulung" in die BRD reisen dürfen, haben in jüngster Zeit viele dieser Studenten eine ablehnende Haltung gegenüber der US-Aggression und dem korrupten Thieu-Regime eingenommen. Hier schlagen sich u.a. die Einflüsse der täglich stärker werdenden Schüler- und Studentenbewegung in Südvietnam nieder, die zu erbitterten Gegnern der Marionettenclique geworden sind.

Mitte 1971 gründete sich das "Komitee zur Wahrung der Rechte der Vietnamesen in der BRD". Aus seiner Gründungserklärung geht hervor, mit welchen Methoden die Saigoner Botschaft Druck auf die Studenten ausübt:

"Schon seit langer Zeit ist es den vietnamesischen Studenten in der BRD durch die Botschaft der Republik Vietnam in Bonn verboten, sich Gedanken zu verschiedenen Problemen unserer Heimat zu machen und diese öffentlich zu diskutieren. Diese verbietet unseren Landsleuten, über die Anwesenheit der US-Truppen in Südvietnam und über die neuere Geschichte unseres Landes seit der Kolonialzeit zu diskutieren, was heißt, uns das Recht auf freie Meinungsäußerung zu nehmen. Um die Befolgung ihrer Anordnungen in dieser Angelegenheit zu garantieren, sperrt die Botschaft der Republik Vietnam mißliebigen Studenten die Finanzen, verweigert die Verlängerung von Reisepässen und versucht überall, wo sich kritische südvietnamesische Studenten treffen, Spitzel einzusetzen, um ihre Namen zu erfahren.

Landsleute, die zu Veranstaltungen gehen, wo die Saigoner Politik kritisch diskutiert wird, werden zu einem persönlichen Gespräch in die Botschaft eingeladen. Dabei werden die südvietnamesischen Studenten auf eine eventuelle Überweisungssperre bzw. Paßentzug aufmerksam gemacht und zur Ruhe gemahnt. Paßentzug und/oder Überweisungssperre sind schon in einigen Fällen erfolgt. [...]

Am 1.2.1971 erhielt zum Beispiel Luu Hong Khanh, Student in München, die Mitteilung der Botschaft der Republik Vietnam, daß sein Paß "aus besonderen Gründen" - ohne weitere Angabe - nicht verlängert wird und daß er seine Heimreise vorbereiten solle. Luu Hong Khanh hatte seine kritische Haltung zur Frage der amerikanischen Präsenz in Vietnam öffentlich zum Ausdruck gebracht. Das sind die "besonderen Gründe" der Botschaft der Republik Vietnam in Bonn! Dies ist leider kein Einzelfall [...]" (Es folgen weitere Fälle). 8)

Die zuständigen Behörden der BRD haben den verfolgten Südvietnamesen bisher von sich aus keinerlei Hilfe zukommen lassen. Im Gegenteil: sie gingen bis zu Ausweisungsverfügungen (so im Fall des Arbeiters Tran Trong Tuong) oder weigerten sich die Aufenthaltsgenehmigungen zu verlängern (so im Fall des katholischen Priesters Khanh), obwohl sich die Verantwortlichen in Bonn und in den einzelnen Bundesländern sehr wohl der Konsequenzen für die Betroffenen bewußt sein mußten.

Erst nach energischen Protesten verschiedener fortschrittlicher Organisationen und nach einer längeren Kampagne konnten die BRD-Behörden veranlaßt werden, die Aufenthaltsgenehmigungen zu verlängern.

#### 4. ZUR FEINDLICHEN HALTUNG DER BUNDESREGIERUNGEN GEGENÜBER DER DRV SOWIE DER FNL/PRR

Während Bonn mit den Saigoner Marionetten volle diplomatische Beziehungen unterhält, hat es bisher keine Initiativen ergriffen, das Verhältnis zur DRV und zur Provisorischen Revolutionären Regierung der Republik Südvietnam (PRR) zu verbessern. Die Vasallentreue zu den USA und die aufwendigen Unterstützungen für das Saigoner Verbrecherregime einerseits finden ihre Entsprechung in einer feindlichen Haltung gegenüber den wirklichen Vertretern der vietnamesischen Bevölkerung andererseits. Ca. 30 Regierungen von Ländern mit unterschiedlicher Gesellschaftsordnung haben die PRR diplomatisch anerkannt, weit mehr Staaten haben einen Botschafteraustausch mit der DRV verwirklicht, zuletzt die Schweiz sowie die NATO-Staaten Norwegen und Dänemark. Die Regierungen dieser Länder haben offenkundig von der Lage in Vietnam eine so realistische Einschätzung gewonnen, daß sie der Saigoner Marionettenregierung keine Zukunftsperspektiven zusprechen. Bonn jedoch beharrt nach wie vor objektiv auf den Positionen der CDU/CSU-Politik. Ausdruck einer solchen Haltung sind die zahlreichen Einreiseverbote für Delegationen aus der DRV und für Vertreter der FNL/PRR aus Südvietnam. Dabei scheuen sich auch unter der sozialliberalen Koalition Außen- und Innenministerium nicht, die fadenscheinigsten Begründungen vorzuschieben:

- Einreiseverweigerung: denn "es ist seit Jahren unser Grundsatz, daß wir im Interesse der Glaubwürdigkeit unserer nach West wie nach Ost gerichteten Politik der Entspannung und des friedlichen Ausgleichs Ausländern das öffentliche Auftreten gegen dritte Länder auf deutschem Boden nicht gestatten können." (Auswärtiges Amt vom 22.4.1970 an den Bundesvorstand des SDAJ)
- erst müsse das Schicksal der in Südvietnam vermißten Malteser geklärt sein, mit der Einreiseverweigerung solle "für die Menschlichkeit demonstriert werden";
- nach dem Mord an BRD-Ärzten in Hue durch den Vietcong gebe es keine Einreise;
- erst müsse der Vietcong den Entwicklungshelfer P. Schrader-Rottmers wieder freilassen;

Abgesehen von der prinzipiellen Unhaltbarkeit derartiger Argumente läßt sich ihre Scheinheiligkeit am besten dadurch beweisen, daß man die sog. humanitäre Hilfe der BRD für Südvietnam einmal näher untersucht.

#### 5. "HUMANITÄRE HILFE" FÜR SAIGON VERLÄNGERT DEN KRIEG

Unabhängig von den subjektiven Motiven, die einzelne Krankenschwestern, Ärzte, Sozialarbeiter oder "Entwicklungshelfer" bewegen, nach Südvietnam zu gehen, um im Rahmen einer der BRD-Organisationen (Malteser-Hilfsdienst, Konrad-Adenauer-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung, Deutsche Internationale Flüchtlingshilfe usw.) zu arbeiten, darf nicht übersehen werden, daß alle humanitären Hilfsleistungen im Bereich des Saigoner Regimes nur helfen, die isolierten und bei der absoluten Mehrheit der Bevölkerung verhaßten Marionetten innenpolitisch zu stützen. Mit einer derartigen Hilfe wird Entlastung für ein Regime geleistet, "das alles tut, um diesen Krieg zu verlängern". (US-amerikanischer Pater Prof. Bury im Oktober 1971). "Humanitäre Hilfe" wird zur politischen Hilfe. Daß diese Hilfe für manchen auch noch zu einer lukrativen Verdienstquelle wird, läßt sich an der Höhe der Gehälter, die bei einigen Projekten 40% des gesamten Aufwandes ausmachen, beweisen. BRD-Experten verdienen zwischen 4.000,- und 6.000,- DM monatlich steuerfrei.

Es gilt weiter zu beachten, daß alle Aktivitäten der BRD-Hilfsorganisationen in Südvietnam mit dem Saigoner Sozialministerium abgestimmt werden müssen. Die korrupten Beamten des Saigoner Regimes sind bemüht, möglichst hohe Summen in die eigenen Taschen zu wirtschaften. So berichtete der ehemalige Leiter eines Teams der Deutschen Internationalen Flüchtlingshilfe, Peter Schrader-Rottmers,<sup>9)</sup> daß seine Gruppe in Quang Ngai lange Zeit vergeblich auf Zahlungsüberweisungen aus Saigon wartete. Man beteuerte in der Saigoner Verwaltung, alles sei ordnungsgemäß zum zuständigen Provinzchef abgesandt worden. Der wiederum gab vor, von nichts zu wissen.

Noch schwerwiegender aber ist die Tatsache, daß die Angehörigen verschiedener BRD-Hilfsdienste in US-Militärflugzeugen bzw. in Maschinen der vom CIA gecharterten Luftlinie "Air America", fliegen, wobei, nach E. Wulff, gelegentlich von den US-Maschinen auch Kampfaufträge durchgeführt werden. In den Aufenthaltsräumen des Malteser-Hilfsdienstes z.B. seien auch nicht selten US-Soldaten in Uniform und bewaffnet zu Gast gewesen. P.Schrader-Rottmers mußte als Team-

leiter beispielsweise untersagen, daß in der von ihm betreuten Lehrwerkstatt weiterhin Militärfahrzeuge repariert wurden, wie das bis zu seiner Ankunft üblich war.

#### ZUR FRAGE DER VERMISSTEN MALTESER-GRUPPE

Wenn auch heute noch von BRD-Behörden so getan wird, als wisse man gar nichts über die seit 1969 in Südvietnam vermißte fünfköpfige Maltesergruppe, so ist dem entgegenzuhalten: 1. Es ist bekannt, daß diese Gruppe sich - entgegen der Anweisung - außerhalb des "Sicherheitsbereiches" ins Kampfgebiet begeben hatte. 2. Bei den systematischen Flächenbombardements durch die US-Luftwaffe können die FNL-Kämpfer weder für die Sicherheit der Frauen, Kinder, Greise oder der eigenen Person noch für die Sicherheit von Gefangenen garantieren. 3. Die westdeutsche Botschaft in Saigon weiß seit längerem, daß eine Krankenschwester aus dieser Gruppe in Gefangenschaft an einer Zuckerkrankheit gestorben ist.

#### ZUM MORD AN DEN BRD-ÄRZTEN IN HUE

Im Februar 1968 wurden in Hue die westdeutschen Ärzte Alteköster, Discher, Krainigk sowie Frau Krainigk ermordet. Die BRD-Presse versuchte, diesen Mord dem "Vietcong" in die Schuhe zu schieben. Der Chefredakteur des "Berliner Extra-Dienstes", C.L. Guggomos hat sowohl in seiner Zeitschrift<sup>10)</sup> als auch auf dem Bonner Indochina-Hearing der "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" (Oktober 1970) ausführlich dargelegt, daß diese Tat nicht von Kämpfern der FNL begangen worden sein kann. Als Beweis dienen die Tagebücher von Frau Krainigk und die Aussagen der Mutter eines Arztes. Daraus geht hervor, daß die Ärzte-Gruppe bei der südvietnamesischen Polizei verhaßt war, weil sie auch verwundete FNL-Kämpfer behandelt und sogar bis zur Fluchtmöglichkeit versteckt hatte. Die Ärzte besaßen einen von der FNL ausgestellten Sicherheitsausweis. Eine der letzten Tagebuchaufzeichnungen von Frau Krainigk bestätigt die Annahme, daß es nicht Angehörige der FNL waren, die für den Tod der Ärztegruppe verantwortlich zu machen sind: "Es sieht so aus, als sollten wir schließlich von 'unseren Freunden' und nicht von den VC umgebracht werden."

#### ZUR ROLLE DER ADENAUER-STIFTUNG

Die Aktivitäten der Konrad-Adenauer-Stiftung lassen sich an zwei Beispielen besonders deutlich charakterisieren: zusammen mit der regimetreuen antikommunistischen Gewerk-

schaft CVT organisierte die CDU-Stiftung, deren Tätigkeit bisher ca. 20 Mio DM verschlang, verschiedene Bildungsprogramme für Gewerkschaftsfunktionäre, Sozialzentren usw. In enger Zusammenarbeit mit dem "American Asian Free Labor Institute" (der Chef dieses Instituts ist CIA-Spitzenagent in Saigon) half die Adenauer-Stiftung bei der Gründung und dem Aufbau der sog. "Arbeiter- und Bauernpartei", die im Wahlkampf (September 1971) auf der Seite der Reaktion kandidierte.

#### ZUR "HELGOLAND" UND ZUR NEUEN BRD-KLINIK IN DA NANG

Über 50 Mio DM kostete dem BRD-Steuerzahler die als Hospitalschiff eingesetzte "Helgoland", die Anfang 1972 Südvietnam verließ. In vielen Berichten wurde auf die hohe Zahl der Behandelten verwiesen, man verschwieg aber - wie der Südvietsbesucher Thomas Wildgruber vermerkt -, daß in der Regel nur Kranke auf das Schiff kamen, die vorher im Provinzkrankenhaus von Da Nang Schmiergelder bezahlt hatten. Dies sei eine übliche Praxis der schlecht bezahlten südvietsnamesischen Ärzte und Schwestern gewesen. Oder es seien solche Patienten aufgenommen worden, die mit US-Hubschraubern angefliegen wurden. FNL-Angehörige konnten auf der "Helgoland" nicht behandelt werden, denn dafür sorgten schon die Kontrolleure des Marionettenregimes.

Der CDU-Abgeordnete Wohlrabe weihte nach dem Abzug der "Helgoland" die Nachfolge-Klinik bei Da Nang ein - ein Projekt das bisher 25 Mio DM gekostet hat. Eine Gruppe von BRD-"Helfern", denen offensichtlich während ihrer Tätigkeit in Südvietnam einige Zusammenhänge klar geworden sind, richtete sich im September 1971 mit einem "Memorandum"<sup>12)</sup> an die Öffentlichkeit der BRD. Darin heißt es zu dieser Klinik:

"[...] Sie ist eine perfekte Demonstration deutscher Klinik-Technik und eine gelungene Werbung für medizinische Produkte aus dem Westen. Die Gesundheitsfürsorge für die Bauern und Fischer von Quang Tri bis Quang Ngai und für die Verdammten in den Armenvierteln von Da Nang wird sich nicht im geringsten durch dieses Denkmal deutscher Gesundheitstechnik ändern [...]"

Das "Memorandum" schließt mit einer vernichtenden Kritik an der "Humanitären Hilfe" der Bundesregierung:

"[...] Es scheint sich jetzt auch für die vietnamesische Bevölkerung zu bestätigen, daß hinter der deutschen Humanitären Hilfe (gemeint ist die der BRD, d.V.) für Vietnam politische Demonstrationsabsichten stecken, um dem amerikanischen Verbündeten in seinem vietnamesischen Antikommunismus-Kreuzzug moralische Schützenhilfe zu geben. Sobald jedoch eine solche Hilfe auf Kosten der Bevölkerung und der sozialen und wirtschaftli-

chen Entwicklung der vietnamesischen Gesellschaft demonstriert wird, verdient sie an die Seite von My Lai gesetzt zu werden, das [...] ein Symbol für die Verwüchtung, Verachtung und Demütigung der vietnamesischen Bevölkerung darstellt."

#### Anmerkungen:

- 1) Vgl. Der Spiegel v. 25.4.66 und Atomzeitalter, Juni 1966
- 2) Soz. listische Korrespondenz, Hamburg 4/70, S.15
- 3) Bericht von Thomas Wildgruber, München, der 1971 mehrere Orte in Südvietnam besuchte und Anfang 1972 auf verschiedenen Veranstaltungen gegen den US-Krieg referierte.
- 4) Die "Internationale Kommission zur Untersuchung US-amerikanischer Kriegsverbrechen in Indochina" ist ein Zusammenschluß von Wissenschaftlern, Experten und Journalisten aus verschiedenen Ländern. Sie tagte bisher in Stockholm (1970) und in Oslo (1971) unter Vorsitz ihres Präsidenten Prof. Gunnar Myrdal. Anfang Juni 1972 hielt sie in Stockholm, wenige Tage vor Beginn der Umweltschutzkonferenz, ein Internationales Experten-Hearing ab.
- 5) Vgl. Der Spiegel v. 24.7.1963
- 6) Vgl. Der Spiegel, Nr. 30/1963
- 7) Die Welt v. 25.8.1965
- 8) aus der Gründungserklärung des "Komitees zur Wahrung der Rechte der Vietnamesen in der BRD" vom 7.6.1971
- 9) Peter Schrader-Rottmers wurde am 14. Aug. 1971 von der FNL gefangengenommen. Nach mehreren Gesprächen zwischen Frank Werkmeister als Sprecher der "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" und Vertretern der FNL bzw. der PRR wurde Schrader-Rottmers Anfang Dezember 1971 die Möglichkeit gegeben, nach Hause zurückzukehren. Er berichtete u.a. in Marburg und Gießen vor Freunden von seinen Erlebnissen in Südvietnam und übte dabei heftige Kritik an der US-amerikanischen Kriegspolitik und an der Bonner Südvietsnampolitik. Seinen geplanten Aufsatz konnte er nicht fertigstellen, denn im März 1972 kam er in Marokko ums Leben.
- 10) Vgl. Serie im "Extra-Dienst"-Veröffentlichungen vom März 1970
- 11) Bericht von Thomas Wildgruber, a.a.O.
- 12) Memorandum "Wie humanitär ist die Deutsche Hilfe in Süd-Vietnam?", vorgetragen auf verschiedenen Indochina-Hearings der "Initiative Internationale Vietnam-Solidarität" im Oktober 1971 in Frankfurt, Heidelberg, Marburg, Bonn und Nürnberg.

#### **Literaturhinweise :**

- 1) Georg W. Alsheimer  
Vietnamesische Lehrjahre. 6 Jahre als deutscher Arzt in Vietnam 1961-67  
Ffm. 1968
- 2) Jean Chesneaux  
Vietnam, Geschichte und Ideologie des Widerstandes  
Ffm. 1968
- 3) Jutta v. Freyberg/ Kurt Steinhaus  
Dokumente und Materialien der vietnamesischen Revolution  
Bd. 1 + 2 Ffm. 1969
- 4) Gerhard Grümmer  
Herbizide in Vietnam  
Berlin, DDR 1969

- 5) Heynowski; Scheumann  
Piloten im Pyjama  
Berlin, DDR 1968
- 6) Die Pentagon-Papiere  
Die geheime Geschichte des Vietnam-  
krieges  
hrsg. v. Neil Sheemann  
Knaur, München/Zürich 1971
- 7) Gabriele Sprigath/ Kurt Steinhaus  
Indochina  
Ffm 1971
- 8) Kurt Steinhaus  
Befreiungskampf der Völker Indochinas  
in seiner gegenwärtigen Etappe; in:  
Marxistische Blätter 6/1970 Ffm
- 9) D. Weidemann, R. Wünsche  
Vietnam 1945-1970  
Berlin, DDR 1971
- 10) D. Weidemann, R. Wünsche  
Vietnam, Land im Süden  
Berlin, DDR 1970
- 11) Heinrich Weiler  
Vietnam, eine völkerrechtliche Ana-  
lyse des amerikanischen Krieges und  
seiner Vorgeschichte  
Frankenthal/ Montreux 1969

Das AIB veröffentlichte u.a.:

#### DEMOKRATISCHE REPUBLIK VIETNAM

1. Kommuniqué über die US-Kriegs-  
verbrechen in Vietnam während  
der ersten Hälfte von 1970 5/1970
2. Resolution der 5. Stockholmer  
Vietnamkonferenz (28.-30.3.  
1970) 1/1970
3. Karte der Provinzen der DRV 1/1971
4. US-amerikanische Übergriffe  
auf die Souveränität und Si-  
cherheit der DRV 8/1971
5. Die Verbrechen der US-Imperia-  
listen in ihrem Vernichtungsk-  
krieg gegen die DRV 1/1971

#### SÜDVIETNAM

1. Erklärung des ZK der FNL über  
eine globale Lösung des Südvi-  
etnam-Problems (8.5.1969) 4/1970
2. Pomeroy, W.J.  
Ölinteressen in Südostasien 5/1970
3. Befehl der Führung der südvi-  
etnamesischen Volksbefreiungs-  
kräfte 5/1971
4. Die chemische Kriegführung der  
USA in Südvietnam 1/1971
5. Don Luce: Neue Tigerkäfige wer-  
den gebaut 5/1971
6. A. Westing: Das US-Programm zur  
Vernichtung von Nah-  
rungsmitteln in Süd-  
vietnam 6/1972
7. G. Sprigath, Zur Lage in den  
Städten  
(I - III erscheinen in Heft  
1/1970, 6/1970 u. 11-12/1971)

#### KAMBODSCHA

- Politisches Programm der FUNK  
(4.5.1970) 2/1970

#### LAOS

1. Erklärung des ZK der Patrioti-  
schen Front von Laos über die  
politische Lösung des Laos-Pro-  
blems vom 6.3.1970 1/1970

2. Politisches Programm der Patrio-  
tischen Front von Laos  
(31.10.1968) 2/1970
3. F. Branfman: Amerikanische Bom-  
bardements in Laos 11-12/1971
4. Erklärung der südvietnamesi-  
schen Revolutionsregierung über  
Laos 2/1971
5. Sonderkommuniqué des Oberkomman-  
dos der laotischen Volksbefrei-  
ungsarmee 5/1971

#### INDOCHINA

1. Poltorak, A.: Die Kriegsverbrechen  
der USA in Vietnam unter dem  
Aspekt des geltenden Völkerrechts 6/1970
2. Appell von Paris (Tagung der  
westeuropäischen kommunistischen  
Parteien - 15.5.1970) 1/1970
3. Resolution der 5. Stockholmer  
Vietnamkonferenz (28.-30.3.1970) 1/1970
4. Japan - Vereinigte Staaten: ge-  
meinsame Herrschaft in Asien 9/1971
5. Resolution der Pariser Weltver-  
sammlung für Frieden und Unab-  
hängigkeit der indochinesischen  
Völker 3/1972
6. Bericht der Wirtschaftskommis-  
sion der Pariser Weltversammlung 3/1972
7. Aspekte der "Vietnamisierung" 4/1972

#### FILME UND MATERIALIEN ÜBER INDOCHINA

sind zu bekommen durch die

"Initiative Internationale Vietnam-Solida-  
rität"

6 Frankfurt/M.

Eichwaldstr. 32

Tel. Ffm/45 23 23



## Antiimperialistisches Informationsbulletin

- + Dokumente und Selbstdarstellungen der  
nationalen Befreiungsbewegungen Asiens,  
Afrikas und Lateinamerikas ( in deutscher  
Übersetzung)
- + Dokumente über die Verbrechen des US-Im-  
perialismus und seiner Verbündeten an den  
Völkern der " Dritten Welt"
- + Analysen allgemeiner Entwicklungsprobleme  
des antiimperialistischen Kampfes
- + Analysen der US-Globalstrategie, der NATO-  
Strategie und insbesondere der Rolle der  
BRD
- + Karten und sozialökonomische Daten
- + Berichte über aktuelle Ereignisse und  
Kurzinformationen